

- 1 Vorschläge zu einer Lösung des Nahostkonfliktes
- 6 Schweiz im UNO-Sicherheitsrat: Halbzeitbilanz
- 8 100 Jahre Service Civil International in der Schweiz
- 11 Jüdische Stimme zu Antisemitismusvorwürfen

- 14 Vergessen von der Welt: kein Frieden im Tigray
- 18 Rothenthurm: Der Kampf um den Waffenplatz
- 20 Die Bedeutung der Sprache in der Ukraine
- 28 Literatur: Wie Frieden gehen könnte

Bisherige Versuche einer Lösung des Nahostkonfliktes

Zwei Staaten, ein Staat, oder was sonst?

Nach fünf Monaten Krieg im Gaza-Streifen hat Israels Ministerpräsident Netanyahu für die Zeit danach eine Zweistaatenlösung im Nahostkonflikt völlig ausgeschlossen. Clemens Ronnefeldt geht in diesem Beitrag zurück ins Jahr 1995 zum «Oslo-II-Agreement» und ruft weitere mögliche Lösungsversuche in Erinnerung, die früher diskutiert wurden. Dabei plädiert er dafür, dass die religiösen Aspekte des Konflikts zwingend berücksichtigt werden müssen, dem interreligiösen Dialog komme eine zentrale Bedeutung zu.

/ Clemens Ronnefeldt /

Grundlage für eine Zweistaatenlösung waren die Osloer Vereinbarungen. Das 1995 zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO geschlossene «Oslo-II-Agreement» sieht die Aufteilung des Westjordanlands in drei Typen von A-, B- und C-Zonen vor. Die grossen palästinensischen Städte wie Ramallah und Nablus bilden die Zone A, in der die gesamte Zivilverwaltung und die Verantwortung für die Sicherheit an die Palästinensische Auto-

nomiebehörde übertragen wurde. Weil die israelische Armee – sofern sie dies für notwendig erachtet – immer wieder auch in die Zone A eindringt, hat die ursprüngliche Intention einer wachsenden palästinensischen Selbstverwaltung weitgehend an Bedeutung verloren.

In der Zone B mit den kleineren palästinensischen Städten und Dörfern ist die Autonomiebehörde für die Zivilverwaltung zuständig, während die Kontrolle der Sicherheit vollständig bei der israelischen Armee liegt. Zone C, die mit 62 Prozent den grössten Teil des Westjordanlands umfasst, untersteht nach wie vor komplett der israelischen Zivil- und Militärverwaltung. Bis spätestens zur Jahrtausendwende hätte der Staat Palästina sowohl in den A-, B- als auch C-Territorien – mit der Möglichkeit eines

minimalen Gebietstausches – und über einen Korridor mit dem Gazastreifen verbunden, errichtet werden sollen.

Die Osloer Zweistaatenlösung

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass sich seit «Oslo 1995» die Zahl der SiedlerInnen im Westjordanland mehr als verdoppelt hat und ein zusammenhängendes palästinensisches Staatsgebiet nicht mehr möglich ist, scheint derzeit eine lange für möglich gehaltene Zweistaatenlösung, wie sie etwa in der «Genfer Initiative» von 2003 vorangetrieben worden war, nahezu ausgeschlossen. Diese sah einen Gebietstausch von wenigen Prozentpunkten Land vor, sodass einige der grössten Siedlungen auf dem besetzten Westjordanland zum Staat Israel geworden wären, ebenso das jüdische Viertel in Ostjerusalem – mit einem Zugang zum jüdischen Friedhof.

Umgekehrt hätte der Staat Israel die gleiche Quadratmeterzahl unbebautes Land zum Staat Palästina werden lassen können, wodurch der Gazastreifen etwas breiter geworden wäre, ebenso das Westjordanland. Der

Fortsetzung Seite 2



Westteil von Jerusalem hätte Hauptstadt Israels werden können, der Ostteil Hauptstadt von Palästina. Zu den auch Jüdinnen und Juden heiligen Stätten, insbesondere in Hebron, wo die Patriarchen mit ihren Frauen begraben liegen, ebenso zum Grab Rahels bei Bethlehem, waren bewachte Shuttle-Busse vorgesehen. Die Wasserfrage war ebenso behandelt wie die Sicherheitsfrage.

Der neue Staat Palästina sollte keine Armee haben. Auf israelischer Seite hätte dieser Plan bedeutet, dass grosse Siedlungen wie Maale Adumin oder Ariel im Staat Palästina gelegen hätten. Die BewohnerInnen dieser Städte hätten zwei Staatsbürgerschaften erhalten können, die israelische wie die palästinensische. Insbesondere der damalige israelische Ministerpräsident Ariel Sharon wollte aber grosse Siedlungen im Westjordanland nicht aufgeben und entschied sich

2005 zur Umsiedlung jüdischer Personen aus dem Gazastreifen.

Damit wurden nicht nur hohe Kosten zum Schutz dieser Gaza-Siedlungen vermieden. Es gelang Ariel Sharon auch mit diesem taktischen Schachzug, die Siedlungen im Westjordanland auszubauen und eine Zweistaatenlösung zu verhindern. Auf palästinensischer Seite wurde die Ablehnung der Genfer Initiative vor allem damit begründet, dass lediglich die Rückkehr einiger Tausend Flüchtlinge vorgesehen war – und damit eine faktische Aufgabe des Rückkehrrechts.

Drei Kriterien der Staatlichkeit

Während die Möglichkeit der realen Schaffung eines Staates Palästina derzeit gegen Null tendiert, hat umgekehrt Palästina auf dem Weg der staatlichen Anerkennung international einige Fortschritte gemacht. Im Jahre 1988 wurde der Staat Palästina in Algier vom damaligen Palästinensischen Nationalrat ausgerufen. Nach international verbindlichen Kriterien (Vertrag von Montevideo von 1933) muss ein Staat drei Kriterien der Staatlichkeit erfüllen: 1. Territorium, 2. Volk, 3. Regierung.

Nachdem mit dem Gazastreifen und dem Westjordanland (zumindest in Teilen) ein Territorium schon länger vorhanden ist, es zweifellos auch ein palästinensisches Volk gibt, brauchte die Erfüllung des dritten Kriteriums am längsten. Erst im Jahre 2011 bescheinigten EU, Weltbank und Internationaler Währungsfonds, dass Palästina über eine funktionsfähige Regierung verfügt.

Am 23. November 2011 stellte Präsident Abbas, dessen Amtszeit abgelaufen ist und der derzeit als Vorsitzender der PLO agiert, einen Antrag auf Aufnahme in die Vereinten Nationen. Die deutsche Bundesregierung hat Anfang 2012 die «Generaldelegation Palästinas» in Berlin in «Diplomatische Mission Palästinas» aufgewertet: Die Leitungen dürfen sich seither offiziell «Botschafterin» bzw. «Botschafter» nennen. Mehr als 130 UNO-Mitgliedsstaaten haben Palästina als Staat anerkannt. (Die Schweiz hat Palästina nicht anerkannt, unterhält aber seit Oslo 1983 Beziehungen mit der Palästinensischen Autonomiebehörde, Red.)

Zur Ein-Staat-Lösung

Da israelische Regierungen seit 1967 eine Zweistaatenlösung konsequent durch Siedlungsbauten verunmöglichen, bleibt vermutlich in Zukunft nur

eine Ein-Staat-Lösung. Innerhalb einer Generation könnte die Gesamtzahl der PalästinenserInnen im Gazastreifen, in der Westbank und die rund 20-prozentige palästinensische Minderheit in Israel die Zahl der jüdischen Israelis aufgrund der höheren Geburtenrate übersteigen. Dass beide Konfliktparteien prinzipiell in Frieden miteinander leben können, beweist seit mehreren Jahrzehnten als ein Beispiel das gemeinsame israelisch-palästinensische Dorf Neve Shalom/Wahat al-Salam (Oase des Friedens).

Auf der Grundlage der beschriebenen demographischen Verhältnisse würde bei einer Ein-Staat-Lösung nicht nur der jüdische Charakter des Staates Israel verloren gehen, sondern die palästinensische Seite bei Wahlen in einem überschaubaren Zeitraum die Regierung stellen. Dieses Szenario will verständlicherweise die israelische Regierung unter allen Umständen vermeiden, hat sich allerdings selbst durch ihre Siedlungspolitik in eine doppelte Sackgasse gebracht: Eine Räumung von Siedlungen im Zuge einer Zweistaatenlösung würde zu einem innerisraelischen Bürgerkrieg führen, eine Ein-Staat-Lösung zur Aufgabe der bisherigen Grundlagen des jüdischen Staates. Gemäss der aktuellen Kräfteverhältnisse des Konfliktes würde die Ein-Staat-Lösung derzeit keine befriedigende Lösung für die palästinensische Bevölkerung mit sich bringen – im Rahmen eines wünschenswerten binationalen Staates mit zwei gleichberechtigten Bevölkerungsteilen mit gleichen demokratischen Bürgerrechten.

Alternativen jenseits der Zwei- oder Ein-Staat-Lösung

Möglicherweise liegen zukünftige friedenslogische Lösungen, die ein einigermaßen befriedigendes Mass an Perspektiven für beide Konfliktparteien enthalten, jenseits der gängigen Denkvorstellungen wie Zwei- oder Ein-Staat-Lösung.

a) Parallel-States-Project der Lund-Universität:

Israelische und palästinensische AkademikerInnen, die an der schwedischen Lund-Universität geforscht haben, bringen eine zunächst utopisch klingende Variante in die Diskussion. In ihrem «Parallel-States-Project» schlagen sie zur Lösung des Jahrhundertkonflikts zwei parallele Staatsstrukturen auf einem gemeinsa-

Fortsetzung Seite 4

FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, Telefon +41 (0)44 242 93 21, info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch, PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich, IBAN CH64 0900 0000 8003 5870 1

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt.

Mitarbeit: Julian Busch, Heinz Gabathuler, JVJP, Clemens Ronnefeldt, Halyana Petrosanyak, Alla Sarbach, Marionna Schlatter, Liliane Studer, Ruedi Tobler, Christoph Wehrli.

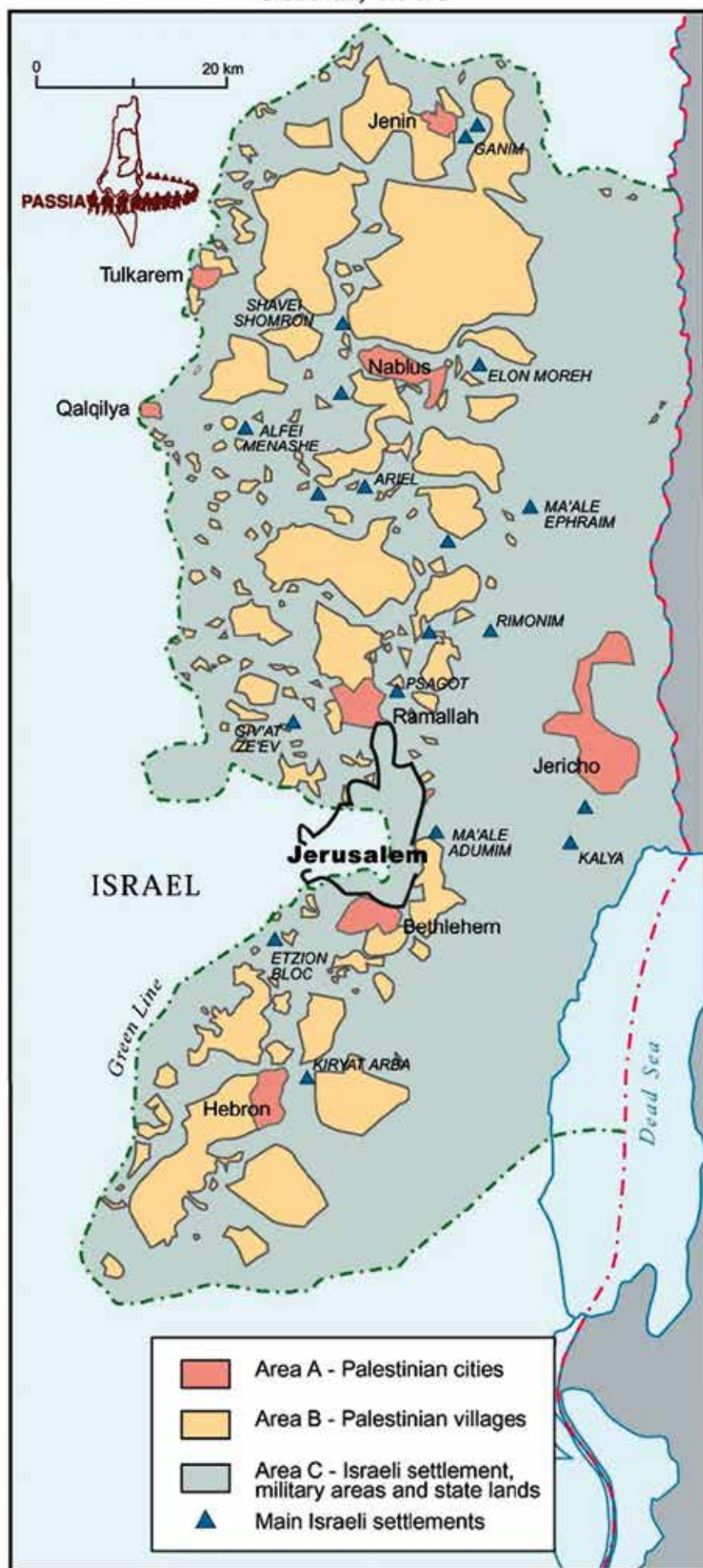
Korrektur: Liliane Studer.

Bilder: Titelseite: Kichka; Seite 4: Pasia; Seite 4: Pixabay; Seite 7: EDA; Seiten 8,9,10: SCI International Archives; Seiten 12/13: Kichka; Seiten 15,17: Vincent Haiges; Seite 16: infotext-berlin; Seite 19: SFR; Seite 20/21: Uta Gerlant; Seite 25: Kichka; Seite 30: Kittihawk; Seite 32: Rothenthurm-Initiativkomitee, H.P. Nowak.

Druck: Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: 2000 Ex., März 2024

Die **FRIEDENSZEITUNG** erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht auch an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Einzelabo: Fr. 50.–. ISSN 1664-4492



Zehn Jahre Krieg gegen die Ukraine

Vor zehn Jahren hat er begonnen, der Krieg der putinschen Führung in Moskau gegen die unabhängige Ukraine. Nach den Protesten der Euromaidan-Bewegung im Spätherbst 2013 in Kiew besetzte und annektierte Putin die ukrainische Halbinsel Krim, die er seinem Reich am 18. März 2014 eingliederte. Gleichzeitig begannen in den ukrainischen Oblasten Donezk und Luhansk, gemeinsam als Donbas bezeichnet, bewaffnete Interventionen von durch Russland gesteuerte «autonomistische» Gruppen, die alsbald die «Volksrepubliken» Donezk (DNR) und Lugansk (LNR) ausriefen.

Als der Konflikt im Mai eskalierte, begann Russland einen «hybriden Krieg» mit einer Kombination von Desinformation, irregulären Milizen, regulären russischen Truppen und konventioneller militärischer Unterstützung, um den Donbas zu erobern. Die beiden Minsker Waffenstillstandsabkommen vom September 2014 und Februar 2015 verliefen im Sand, der Konflikt dauerte bis zum 24. Februar 2022, dem direkten Angriff Russlands auf Kiew, der mit der «Entnazifizierung» der Ukraine begründet wurde.

Am 5. Oktober 2022 fertigte Putin dann nach Pseudoreferenden in den russisch besetzten Gebieten der Oblaste Cherson und Saporischschja die offiziellen Annexionsbeschlüsse für vier süd- und ostukrainischen Gebiete aus, die einen Drittel der Ukraine ausmachen. Zwei Jahre dauert nun die «militärische Spezialoperation» des russischen Herrschers gegen die Ukraine schon und hält damit bereits halb so lang wie der Erste Weltkrieg an. Sie könnte diesen, was zeitliche Folge, Einsatz schwerer Waffen und Terrorisierung der Bevölkerung anbelangt, sogar übertreffen.

Wir halten an unserer Unterstützung der Ukraine unvermindert fest, auch wenn die Ermüdungserscheinungen in der Öffentlichkeit nicht zu übersehen sind und die Aussichten auf einen Waffenstillstand oder gar einen Abzug der russischen Truppen praktisch aussichtslos erscheinen. In dieser Ausgabe dokumentieren wir die anhaltenden Anliegen und Forderungen der ukrainischen Vereine in der Schweiz an unsere Politik (Alla Sarbach auf Seite 24). Und freuen uns über den Beitrag der in der Schweiz lebenden Autorin Halyna Petrosanyak über die Bedeutung der Sprache in der Ukraine (auf Seite 20).

Peter Weishaupt

men Territorium vor. Diesem Ansatz zufolge gäbe es zwei Staaten, Israel und Palästina, mit jeweils eigenen Pässen, eigenen Flaggen, eigenen Nationalhymnen, allen Symbolen und Äusserlichkeiten der beiden Staaten – mit der weltweit einzigartigen Variante: einem gemeinsamen Territorium. Beide Regierungen von beiden Parallelstaaten, die auf nationaler Identität beruhen, würden die Bereiche Religion, Kultur und Nationalität ihrer BürgerInnen unabhängig von deren Wohnort verwalten und zusammen die Bereiche Sicherheit, Infrastruktur und andere gemeinsame Belange koordinieren.

Auf Grundlage der Wassersituation, der Arbeitsmarktlage und zahlreicher anderer Faktoren wäre eine solche derzeit unrealistisch erscheinende Lösung eine «Win-win-Perspektive». Noch scheint die Zeit nicht reif dafür – aktuelle Entwicklungen zeigen ins Gegenteil.

b) Ein-Staat-Vorschlag von Sari Nusseibeh: Noch einen Schritt weiter als die Nahost-ForscherInnen der Lund-Universität geht Sari Nusseibeh, Präsident der Al-Quds-Universität in Jerusalem, von 2001 bis 2002 Statthalter der PLO in Jerusalem, in seinem Buch *Ein Staat für Palästina? Plädoyer für eine Zivilgesellschaft in Nahost* (München 2012): «Wir müssen die gegenwärtige Realität neu zeichnen, um sowohl der palästinensischen als auch der israelischen Öffentlichkeit eine alternative Vision der Zukunft zu liefern, die so überwältigend ist, dass die Bedeutung des heutigen politischen Gerangels verblasst.» Dazu stellt Sari Nusseibeh grundlegende Fragen wie: «Wozu sind Staaten gut?»

Dazu schreibt er: «Als Gedankenexperiment möchte ich eine Massnahme vorschlagen, die so anstössig ist, dass sie zu ihrer eigenen Aufhebung führen könnte (...). In diesem Sinne schlage ich vor, dass Israel die besetzten Gebiete offiziell annektiert, die Palästinenser in dem so vergrösserten Israel akzeptiert, dass dieser Staat jüdisch bleibt und sie im Gegenzug sämtliche bürgerlichen, wenn auch nicht politischen Rechte erhalten. Damit wäre der Staat jüdisch, das Land hingegen wirklich binational, und es würde für das Wohl aller Araber in diesem Land gesorgt.

Angesichts der Forderung Israels, als jüdischer Staat anerkannt zu werden, und solange es sich weigert, den Paläs-



tinensern die Staatsbürgerschaft zu gewähren, sind die vollen Bürgerrechte, wenn auch ohne aktives und passives Wahlrecht, deren beste Option – sie könnten dann die bürgerlichen Vorteile der de-facto-Ein-Staat-Lösung geniessen, ohne beschuldigt zu werden, die Jüdischkeit des Staates zu verwässern oder zu «besudeln». Auf jeden Fall würde es ihnen unter solchen Bedingungen weit aus besser gehen als in den vierzig Jahren Okkupation oder in einem anderen denkbaren Szenario: der israelischen Hegemonie über verstreute, «autonome» palästinensische Enklaven.»

Sari Nusseibeh beendet sein visionär-revolutionäres Buch im Geiste Gandhis mit den Sätzen: «Am Ende des Prozesses oder auf halber Strecke könnte die Palästinensische Autonomiebehörde der politische Fixpunkt aller Palästinenser und damit in einer föderalistischen Zukunft der gleichwertige Partner des israelischen Staats sein. Doch wie auch immer das «Endspiel» am Schluss gestaltet werden wird, sollte man sich tunlichst daran erinnern, dass jegliche Partnerschaft dieser Art auf den komplementären Prinzipien von Freiheit und Gleichheit beruhen muss, das heisst, auf dem Prinzip, dass beide Seiten den Freiraum erhalten, ihr Entwicklungspotenzial auszuschöpfen, ohne dass das Entwicklungspotenzial des Partners beschnitten wird. Erst wenn sich dieses (zweiseitige) Prinzip durchsetzt, kann man sicher sein, Gerechtigkeit in ihrer unter den herrschenden Bedingungen bestmöglichen Form erreicht zu haben.»

«Ersatzland»-Überlegungen

In dem Buch von Rainer Hermann *Arabisches Beben. Die wahren Gründe der Krise im Nahen Osten* (Klett-Cotta-Ver-

lag, Stuttgart 2018) schreibt der Autor: «Unter dem Begriff «Jahrhundertdeal» wird zunehmend eine vor allem von Israel diskutierte Lösung diskutiert, dass die Palästinenser auf einen Teil der Westbank verzichten und dafür im Nordsinai ein «Ersatzland» angeboten bekommen.» Gegen Ende seines Buches kommt er noch einmal auf diesen Plan zurück: «Seit 2017 fordern Politiker der israelischen Regierungspartei Likud auch öffentlich, den Nordsinai den Palästinensern als «Ersatzland» zu geben. Dazu werden nun auch die Voraussetzungen geschaffen: In dem Landstrich westlich von Gaza enteignet Ägypten unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung Dörfer und macht sie dem Erdboden gleich, und Ägypten verkaufte 2016 seine zwei Inseln in der Einfahrt in den Golf von Aqaba, Tiran und Sanafir, an Saudi-Arabien, das damit eine Mitverantwortung für den Sinai erhält.

Die Araber sind zu schwach, um gegen dieses Projekt Widerstand leisten zu können, und die junge Generation der Muslime kennt nur einen Konflikt um Palästina, in dem sich immer Israel durchgesetzt hat. Schwerer wiegt, dass die einzige starke arabische Macht, Saudi-Arabien, in der Gegenwart im Konflikt mit Iran auf die USA und auf Israel angewiesen ist, und Ägypten kann ohne amerikanische Militär- und Wirtschaftshilfe kaum überleben.»

Bereits am 16. Dezember 2017 hatte Rainer Hermann in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, seinerzeit für die Region Naher und Mittlerer Osten als Redakteur zuständig, auf diese Pläne hingewiesen. Am 6. November 2018 berichtete die *Times of Israel*: «Premierminister Benjamin Netanyahu soll den Abgeordneten in seiner regierenden

Die arme Armee

Likudpartei am Montag gesagt haben, dass mächtige Länder ohne Konsequenzen Gebiete besetzen und Völker transferieren können. Dabei bezog er sich anscheinend auf die scheinbare Gleichgültigkeit der Araber im Hinblick auf Israels Kontrolle über die Westbank. «Macht ist die bedeutendste (Komponente) der Aussenpolitik. Besetzung ist Unsinn. Es gab grosse Länder, die Völker besetzt und transferiert haben, und niemand spricht über sie», wurde Netanyahu am Montag vom Armeeradio anlässlich der geschlossenen Fraktionssitzung der Likud zitiert.»

Vor diesem Hintergrund erscheinen die Anerkennung ganz Jerusalems als israelische Hauptstadt und die Verlegung der US-Botschaft durch die Trump-Administration noch einmal in neuem Licht, ebenso das «Nationalitätsgesetz» in Israel, das u.a. die hebräische Sprache als alleinige offizielle Amtssprache definiert und die bisherige Amtssprache Arabisch zu einem Sonderstatus herabstuft.

Aus palästinensischer Sicht würden diese «Ersatzland»-Überlegungen der israelischen Regierung die Traumata der Vertreibungen der Jahre 1947/1948 erneut hervorrufen – und scheiden als «Lösung» für den Jahrhundert-Nahostkonflikt aus, da sie keiner der beiden Seiten nachhaltige Stabilität und Friedensperspektiven eröffnen können. Dennoch wurden sie nach dem Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 aus Kreisen der aktuellen rechtsgerichteten Regierung Netanyahu erneuert.

Die religiöse Komponente

Alle vorgestellten friedenslogischen Gedanken, Pläne und unterstützenswerten Initiativen sind ohne Berücksichtigung und Lösungen auch der religiösen Aspekte dieses Konfliktes zum Scheitern verurteilt. Daher kommt dem interreligiösen Dialog – wenn möglich vermittelt durch eine allparteiliche Mediation von aussen – eine zentrale Bedeutung zu. Angesichts immer enger werdender Gestaltungsspielräume für Friedens- und Menschenrechtsgruppen, die unter grossem Druck stehen, ist deren Unterstützung sowie der Erhalt ihrer Arbeitsfähigkeit für einen gerechten Nahostfrieden von grosser Bedeutung.

Clemens Ronnefeldt ist Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes. Sein Beitrag ist im FriedensForum 2/2024 des Netzwerks Friedenskooperative erschienen.

Nachdem die Armee mit der Absage von Grossanlässen Mutmassungen über ein Finanzproblem ausgelöst hat, veröffentlichte das SRF vertrauliche Dokumente aus dem Armeestab, die zeigen: Ja, es gibt ein Loch von 1,4 Milliarden Franken, denn die Armee ist von der eigenen Finanzplanung abgewichen.

Ursache des Problems ist aber nicht etwa die verzögerte Aufstockung des Militärbudgets nach Ausbruch des Ukraine-Krieges: Die Ursache ist das falsche Versprechen von Bundesrätin Amherd beim Kauf des F-35. In der Botschaft des Bundesrates zum Planungsbeschluss steht es schwarz auf weiss: Die Ausgaben der Armee sollten in den Folgejahren stabilisiert werden, in der Finanzplanung waren Jahre ohne Rüstungsprogramme vorgesehen.

Man muss sich die Frage stellen, wie viel davon Kalkül war, weil die Armee sich bewusst war, dass sich die Kampfjet-Abstimmung nicht gewinnen lässt, wenn zusätzliche Milliarden beantragt werden. Stattdessen wurde stets beteuert, die Jets liessen sich aus dem laufenden Budget der Armee bezahlen.

Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine hat das Parlament im Dezember 2022 beschlossen, der Armee bis 2030 ein Prozent des BIP zur Verfügung zu stellen: Vom Beschluss des Parlaments, das Wachstum des Budgets bis 2030 zu vollziehen, bis zum Stopp aus dem Bundesrat vergingen nur wenige Wochen über die Feiertage. Trotzdem stellt sich die Armee auf den Standpunkt, ein massives Finanzproblem zu haben, weil ihr durch den langsameren Zeitplan über 10 Milliarden Franken entgehen.

Offenbar waren die Herren über Weihnachten im Shoppingfieber. Nun verdoppelt sich das Armeebudget bis ins Jahr 2035, was bedeutet, dass der Armee dann über zehn statt fünf Milliarden zur Verfügung stehen werden. Aber auch das reicht der Armee nicht. Sie besteht auf dem ursprünglichen Plan, das Budget bis 2030 zu verdoppeln, auch wenn es nicht finanzierbar ist.

Was jetzt geschieht, ist politisches Kalkül. Bundesrätin Amherd hat sich



im Bundesrat und in den Kommissionen nicht gewehrt gegen die langsamere Aufstockung, wie aus Medienberichten öffentlich wurde. Offenbar gegen den Willen der Armee, die jetzt die demokratischen Beschlüsse torpediert.

Mit Alarmismus und einer regelrechten Kampagne wird Stimmung gemacht, das Parlament soll auf seinen Entschluss zurückkommen. Es ist zu befürchten, dass das gelingen wird. Was für eine absurde Situation: Die Armee hat ihre Finanzen nicht im Griff, und statt am Führungsdefizit zu arbeiten, soll noch mehr Geld in die Armee gesteckt werden. Und die hauptverantwortliche Bundesrätin: Sie schweigt.

Marionna Schlatter ist Nationalrätin der Zürcher Grünen und Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates.

Unumgängliche Knochenarbeit

Im ersten Jahr ihrer Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der UNO hat die Schweiz professionell agiert und eigene Akzente gesetzt. An einer Tagung an der ETH Zürich im vergangenen Dezember ist die positive Zwischenbilanz näher erörtert, aber auch insofern relativiert worden, als die schweizerische Aussenpolitik insgesamt kein ebenso muster-gültiges Bild abgebe.

/ Christoph Wehrli /

Die Tätigkeit der Schweiz in den Vereinten Nationen hat in ihrem ersten Jahr nur einmal breiteres Aufsehen erregt, als nämlich die Generalversammlung zum Gegenschlag Israels gegen die Hamas Stellung nahm. Die erstmalige Mitwirkung im Sicherheitsrat, die vorher von konservativer Seite lange, aber erfolglos als zu heikel bekämpft worden war, gab hingegen (allzu) wenig zu reden. Wenige Wochen vor Ende der ersten Halbzeit des Mandats hat das ETH-Zentrum für Sicherheitsstudien (CSS) gemeinsam mit der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik an einer Tagung dieses Engagement von mehreren Seiten beleuchtet. Es sprachen direkt Beteiligte aus dem Aussen- und dem Verteidigungsdepartement einschliesslich, per Video, der Missionschefin in New York, Pascale Baeriswyl, zudem Angehörige von NGOs, BeobachterInnen und Forschende, auch SpezialistInnen aus dem Ausland.

Seriöse Arbeit in schwierigem Umfeld

Die Schweiz, erst 2002 der UNO beigetreten, hatte ihre zweijährige Mitwirkung im Sicherheitsrat gründlich vorbereitet, Abläufe zwischen der Vertretung in New York und der Zentrale in Bern festgelegt, Testsituationen durchgespielt und inhaltliche Prioritäten bestimmt. Das erlaubte es, trotz dem intensiven Sitzungsrhythmus im Rat und den zahlreichen Unterorganen (in einigen auch mit einem anderen Mitglied zusammen in leitender Rolle) die Verantwortung wahrzunehmen und spezifische Beiträge zu leisten. Stehen beispielsweise Beschlüsse über eine friedenserhaltende Mission bevor, prüfen Sachverständige im VBS die militärischen Aspekte, wo-

bei allenfalls eine gewisse Diskrepanz zwischen Maximalzielen und realen Möglichkeiten in Kauf zu nehmen ist, wenn die Alternative in einer Untätigkeit der UNO bestünde.

Nicht vorwegnehmen liessen sich die Wenden in der Weltpolitik: nach dem russischen Angriff auf die Ukraine 2022 nun der Gewaltausbruch im Sudan und der neue Krieg im Nahen Osten. Die Spannungen mit Russland als einem der Pole blockierten das höchste UNO-Organ zwar in wichtigen Fragen, doch gelang es wenigstens teilweise, Aktionsfelder ausserhalb der dominierenden Konflikte gegen die Ost-West-Spannungen abzuschirmen.

Die Gewährleistung des humanitären Zugangs zu Syrien über die Türkei wurde im Januar nochmals verlängert, im Juni jedoch infolge des russischen Vetos abgelehnt, obschon sich die Schweiz als mitfederführender Staat in der Angelegenheit intensiv um eine Lösung bemüht hatte. (Die UNO musste und konnte darauf eine Regelung mit dem syrischen Regime finden.) Indessen kam ein Beschluss über eine Polizeimission in Haiti zustande, und mehrere bisherige Mandate für Friedenseinsätze, darunter jenes für Bosnien-Herzegowina unter Schweizer Federführung, wurden erneuert, während die Präsenz in Mali in eher ungeordneter Weise beendet werden muss. Insgesamt konnten seit Anfang Jahr 44 Resolutionen verabschiedet werden.

«Die Sprache des Völkerrechts»

Die Verantwortlichen verzeichneten in allen vier prioritären Bereichen der Schweiz Erfolge. Unter dem ersten Ziel – nachhaltiger Frieden – wurde etwa ein von der Schweiz einberufenes Treffen zur Sicherheit um das AKW Saporischja erwähnt. Generell werden die Anliegen der Resolution über «Frauen, Frieden und Sicherheit» verfochten und nach Möglichkeit in Beschlüsse eingebracht. Für den Schutz der Zivilbevölkerung – die zweite Priorität – ist besonders bedeutend, dass sich die Schweiz im Unterschied zu anderen Mitgliedern für «die Sprache des Völkerrechts» in den Resolutionen einsetzt, die dann ihrerseits Teil des Völkerrechts werden. Auch

Unspektakulär, aber nicht bedeutungslos

Praktisch unbemerkt in einer breiteren Öffentlichkeit ist das erste Jahr des Einsitzes der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat vorübergegangen. Im Vorfeld hatte die SVP alles Mögliche unternommen, um dieses aussenpolitische Engagement zu verhindern. Nicht gerade den Untergang der Schweiz hat sie damals heraufbeschworen, aber doch eine nicht wieder gutzumachende Beschädigung der Neutralität.

Bezeichnenderweise ist die Halbzeit der Mitgliedschaft im Sicherheitsrat für die SVP kein Thema, aber nicht nur für sie. Ausser in den speziell an der Aussenpolitik interessierten Kreisen hat dies niemand zur Kenntnis genommen. Der Rat hat seinen Sitz nicht in Genf, sondern in New York, weit weg von der Schweiz. Und obwohl er praktisch täglich Zusammenkünfte hat und dabei auch Be-

schlüsse fasst, sind sie in der Regel nicht spektakulär und machen deshalb normalerweise auch keine Schlagzeilen.

Das heisst aber nicht, dass die Arbeit des Sicherheitsrates bedeutungslos wäre. Es ist aber auch den aussenpolitisch interessierten NGO-Kreisen nicht gelungen, den Einsitz der Schweiz im Sicherheitsrat für entsprechende Öffentlichkeitsarbeit zu benützen. Dessen Arbeit ist im Normalfall Thema für besonders interessierte Kreise geblieben. Die NGO-Koalition zur Begleitung der Schweizer Arbeit im Sicherheitsrat ist ein Insiderclub geblieben. Einzig die Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik (SGA) hat eine kontinuierliche Informationsarbeit zum Schweizer Einsitz im Sicherheitsrat geschafft. Die Zwischenbilanz von Christoph Wehrli stammt von ihr.

Redaktion



Eine Resolution für humanitäre Waffenruhe in Gaza scheitert am 8. Dezember 2023 im UNO-Sicherheitsrat am Veto der USA.

Aussenstehende würdigten zudem, dass die Schweiz erstmals den Zugang zu Trinkwasser (wichtig auch in ihrer Entwicklungszusammenarbeit) zum Thema des Rates gemacht hat.

Das dritte Anliegen, die Beachtung der Zusammenhänge zwischen Klimawandel, Verletzlichkeit der Bevölkerung und Konflikten, verfolgte die Schweizer Diplomatie bei der Ausgestaltung der Mandate für Friedensmissionen, nachdem Ende 2021 eine allgemeine Resolution zum Thema am russischen Veto gescheitert war. Konkret bedeutet dies etwa den Einsatz von «climate security advisors» in den Missionen. Zur Förderung der Effizienz des Sicherheitsrats – der vierten Priorität – gehörte unter anderem die Koordination der zehn nichtständigen Mitglieder, damit sie ihr Gewicht gegenüber den fünf Vetomächten besser geltend machen können.

Konsequenzen aus New York für Bern?

Man mag den Verdacht schöpfen, alle solchen Aktivitäten seien zu einem gewissen Teil vor allem innerhalb dieses Systems von Gremien und Gruppen, Sitzungen, Papieren und Begriffen relevant, und ein Staat versuche sich zu profilieren, indem er diesem Betrieb noch möglichst viele weitere Treffen und Themen auflade. Man kann darin aber auch eine unumgängliche Knochenarbeit sehen, die in erheblichen Beiträgen zu «globalen öffentlichen Gütern» wie Frieden resultiert. Wichtig erscheint, dass die Tätigkeit im Sicherheitsrat nicht isoliert bleibt. Eine Ausstrahlung in die schweizerische Öffentlichkeit ist trotz regelmässiger Information der aussen-

politischen Parlamentskommissionen und Austausch mit interessierten NGO noch kaum wahrzunehmen.

Wie im Weiteren das erworbene Know-how nach 2024 genutzt werden soll, wurde als Frage des Ambitionsniveaus in Bern bezeichnet. Das führt zum Postulat der Kohärenz, wie zwei kritische Plädoyers zeigten. So wurde im Fall Israel/Hamas eine Diskrepanz zwischen New York und Bern festgestellt: dort, in der Generalversammlung, ein logischer Positionsbezug im Sinn des humanitären Imperativs (Feuerpause zum Schutz der Zivilbevölkerung), hier Schritte zu einem Verbot der Hamas ohne Abklärung der Konsequenzen, namentlich für die Friedenspolitik, die sonst auf Kontakte mit allen Akteuren setzt.

Vermisst wurde sodann eine Leitidee für die Rolle, welche die Schweiz im veränderten Nord-Süd-Gefüge spielen soll. Mit Blick auf das Prinzip der Solidarität und auf die Agenda 2030 ist der geplante tiefe Einschnitt bei der Entwicklungszusammenarbeit (zur Finanzierung der Hilfe an die Ukraine) gewiss kein Akt der Verlässlichkeit. Konkret wurde auch auf die dramatische Lage im Krisenherd Myanmar und bei den Rohingya-Flüchtlingen hingewiesen. Die Schweiz könnte sich hier

auf verschiedenen Wegen stärker für humanitäre Linderungen und eine Friedenslösung engagieren – unter anderem wiederum im Sicherheitsrat.

Die Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik SGA begleitet die Arbeit der Schweizer UNO-Vertretung im Sicherheitsrat in einem wöchentlichen Rückblick auf www.sga-aspe.ch/subjects/schweiz-im-sicherheitsrat.

Einen Überblick über die bisherige Tätigkeit der Schweiz im Sicherheitsrat bietet auch Fabien Merz im **Bulletin 2023** zur schweizerischen Sicherheitspolitik des CSS der ETH Zürich: <https://css.ethz.ch/publikationen/bulletin-zur-schweizerischen-sicherheitspolitik.html>

Montag, 29. April 2024
19.00 – 21.00 Uhr

Schweizerischer Friedensrat, Gartenhofstr. 7 in Zürich

Wie kann Versöhnung gelingen?
mit Marie-Ursula Kind, Anwältin und Theologin

Als Anwältin spezialisierte sich Marie-Ursula Kind aufs Völkerrecht. Sie arbeitete von 2000–2005 am Internationalen Strafgericht für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag, wirkte in Sarajewo, Pristina und Genf.

Sie berichtet von ihren Erfahrungen, zeigt auf, wie sie mit dem Versöhnungskonzept von Swisspeace gearbeitet hat, blickt auf die aktuellen Krisenfelder und denkt über mögliche zukünftige Friedensstrategien nach.

Tram Nr. 14 ab Hauptbahnhof Zürich Richtung Triemli bis Station Werd (eine Station nach Stauffacher), dann zweite Strasse rechts.
Wer virtuell dabei sein möchte, melde sich bitte unter diana.schenkel@friedensrat.ch bis zum 26. April 2024 an und erhält dann den Zugangscode.

100 Jahre SCI Schweiz

Die Geschichte des Service Civil International (SCI) geht zurück auf ein Treffen von christlichen Pazifistinnen und Pazifisten nach dem Ende des Ersten Weltkrieges in Bilthoven (NL). Mit dabei war der Schweizer Ingenieur Pierre Cérésos, der die Idee eines internationalen freiwilligen zivilen Dienstes für den Frieden als erster in die Tat umzusetzen versuchte – im Winter 1920/21 im kriegsversehrten Frankreich. Und vor einhundert Jahren – im Sommer und Herbst 1924 – fanden die ersten «Zivildiensteinsätze» auf Schweizer Boden statt: ein Anlass für die Friedenszeitung, zurückzublicken auf die Geschichte der Zivildienstbewegung.

/ Heinz Gabathuler /

Im Oktober 1919, also weniger als ein Jahr nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, trafen sich christlich motivierte Pazifisten und einige Pazifistinnen aus mehreren europäischen Ländern im niederländischen Bilthoven im Haus des bekannten Reformpädagogen Kees Boeke, um zu diskutieren, wie kriegserische Katastrophen in Zukunft vermieden werden könnten (Bild 1).

An diesem Treffen nahm, auf Anregung von Leonhard Ragaz, auch Pierre Cérésos teil: An der ETH Zürich ausgebildeter Ingenieur, Sohn eines früheren Bundesrates aus dem Kanton Waadt und dezidiert Gegner des Militärdienstes. Aufgrund seiner guten Sprachkenntnisse (Französisch, Deutsch, Englisch) wurde Cérésos zum Sekretär der Konferenz berufen. Die von ihm vertretene Idee, mit internationalen Arbeitsdiensten praktische Versöhnungsarbeit mit Angehörigen zuvor verfeindeter Nationen zu leisten, fand an einer Folgekonferenz im Juli 1920, ebenfalls in Bilthoven, grossen Anklang.

Erster Freiwilligeneinsatz in Verdun

Im Winter 1920/21 schliesslich trafen sich einige Freiwillige aus mehreren Ländern, überwiegend Männer, darunter auch einige Deutsche, im vom Krieg stark versehrten Dorf Esnes in der Nähe von Verdun, um dieses unter einfachsten Bedingungen wieder aufzubauen. Die Zusammenarbeit mit den lokalen französischen Behörden gestaltete sich allerdings zunehmend schwierig, und im April 1921 musste das erste Experiment eines internationalen «Zivildienst-

tes» bzw. «Workcamps» vorzeitig abgebrochen werden.¹

In den folgenden drei Jahren wurden keine weiteren derartigen Einsätze mehr durchgeführt: Es gab keinerlei organisierte Vereinsstrukturen, weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene, und erst recht kein festes Sekretariat mit bezahlten FunktionärInnen. Man muss sich die entstehende Zivildienstbewegung eher als ein Netzwerk von Gleichgesinnten über die Landesgrenzen hinweg vorstellen.

Man verlegte sich zunächst auf die politische Bewusstseinsbildung: 1923 wurde dem eidgenössischen Parlament eine Petition mit fast 40'000 Unterschriften eingereicht, welche die Schaffung eines zivilen Ersatzdienstes für Militärverweigerer aus Gewissensgründen forderte. Was heute in den meisten europäischen Ländern selbstverständlich ist – dass niemand gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst gezwungen werden kann –, kam hier zum ersten Mal auf das politische Tapet und blieb, trotz prominenter Unterstützung durch Herman Greulich und Leonhard Ragaz, vorerst chancenlos.²



Bild 3: Freiwillige HelferInnen im von einem Erdbeben verwüsteten Dorf Someo TI im Herbst 1924 (SCI International Archives).



Bild 1: Gruppenbild der TeilnehmerInnen der ersten Konferenz in Bilthoven im Oktober 1919 (SCI International Archives).

Erster Schweizer Einsatz im Herbst 1924 in der Westschweiz

Auch um diese politische Forderung mit praktischen Taten zu untermauern, organisierten Cérésolle und seine Gleichgesinnten im Sommer und Herbst 1924 schliesslich zwei internationale Freiwilligeneinsätze in Schweizer Berggebieten, die von akuten Naturkatastrophen betroffen waren: Im August 1924 halfen insgesamt 28 Freiwillige (19 Männer und 9 Frauen) bei der Beseitigung von Lawinenschäden in Vers l'Eglise bei Les Ormonts in den Waadtländer Alpen. Der Einsatz dauerte drei Wochen. Neben SchweizerInnen nahmen auch Freiwillige aus weiteren westeuropäischen Ländern teil (Bild 2).

Der Einsatz im Dorf Someo, das Ende September durch einen schweren Erdbeben stark beschädigt worden war, begann im Oktober und endete kurz vor Weihnachten 1924. Diesmal hatte ein Komitee in der Presse einen Aufruf lanciert, dem insgesamt über 300 Freiwillige innert erstaunlich kurzer Zeit gefolgt waren. Zu den Unterzeichnern des Aufrufs gehörten Pfarrer und Notabeln aus der deutschen und französischen Schweiz, darunter erneut Leonhard Ragaz, aber auch der noch junge Redaktor bei der St. Galler *Volksstimme* und spätere Bundesrat Max Weber.³ Ein Freiwilliger

in Someo leistete durchschnittlich 15 Arbeitstage (Bild 3).

Die Einsätze waren offen für hilfsbereite Menschen unabhängig von der politischen Einstellung – eine pazifistische Gesinnung oder die Befürwortung der Militärdienstverweigerung waren keineswegs Voraussetzung für eine Teilnahme. Viel Wert wurde auf quasi militärische Disziplin gelegt, denn es galt zu zeigen, dass der Zivildienst genauso effektiv sein konnte wie der zu überwindende Militärdienst. Immerhin 13 TeilnehmerInnen von Someo mussten aus Mangel an Disziplin nach Hause geschickt werden.

Auch «Schwestern» waren im Einsatz

In beiden Einsätzen spielte Pierre Cérésolles Bruder Ernest, der in der Armee den Rang eines Obersten bekleidete, als Arbeitskoordinator eine tragende Rolle. Er sorgte auch dafür, dass den Freiwilligen Militärkleider zur Verfügung gestellt wurden. Und selbstverständlich arbeitete man eng mit den lokalen Behörden und der Bevölkerung zusammen. Die Bevölkerung von Someo dankte für den Einsatz mit der Errichtung einer Gedenktafel, die an den Einsatz von 1924 erinnert.

Die weiblichen Freiwilligen, die damals schon und noch während Jahr-

zehnten «Schwestern» genannt wurden, waren zuständig für den «rückwärtigen» Dienst: Küche, Wäsche, Reinigung, Krankenpflege. Anders aber als im Militär waren sie vollwertiger Teil der Gruppe und lebten mit den Männern gemeinsam unter einem Dach. Der Zivildienst vor hundert Jahren war also einerseits klar geprägt von einem traditionellen Rollenverständnis von Männern und Frauen, andererseits aber grenzte er sich deutlich von den männerbündischen, die Frauen ausschliessenden Strukturen des Militärdienstes ab.

Noch Jahrzehnte bis zu einem Zivildienst für Militärdienstverweigerer

Die Hoffnungen auf eine baldige konstruktive Lösung des «Militärverweigererproblems» wurden bekanntlich enttäuscht: Es sollte noch fast sieben Jahrzehnte dauern, bis auch in der Schweiz, einem der Pionierländer des internationalen freiwilligen Zivildienstes, ein offizieller ziviler Ersatzdienst eingeführt wurde. Aber auf praktischer Ebene blieben die Pionierdienste des Jahres 1924 nicht folgenlos: Im Jahr 1926 folgte ein weiterer Freiwilligeneinsatz, diesmal im bündnerischen Almens. 1928 halfen Hunderte von Freiwilligen

Fortsetzung Seite 10



Bild 2: Pierre Ceresole bei der Arbeit in Les Ormonts VD im August 1924 (SCI International Archives).

Fortsetzung von Seite 9

aus ganz Europa bei Aufräumarbeiten nach Überschwemmungen des Rheins im Fürstentum Liechtenstein. Und in den 1930er-Jahren folgten weitere Einsätze in Frankreich, Grossbritannien und in der Schweiz, aus jeweils unterschiedlichem Anlass – und der Aufbau von Vereinsstrukturen namentlich in diesen drei Ländern.

Heute organisiert allein der Schweizer Zweig des längst weltweit verankerten Service Civil International (SCI) jährlich rund 20 Workcamps und etliche weitere Aktivitäten.

1 Zum Einsatz in Esnes vgl. den 100 Jahre danach verfassten Blog <https://2020.sci.ngo/our-stories/>.

2 Zur Zivildienstpetition z.B. Ina Boesch et al: Haus Gartenhof in Zürich. Zürich: Chronos Verlag 2019, Seiten 61–62.

3 Der Aufruf ist in englischer Übersetzung abgedruckt in «Words about Deeds», Seite 19.



Mehr erfahren:
scich.org

Jubiläum SCI Schweiz
100 Jahre gemeinsames
Engagement für den Frieden



Heinz Gabathuler ist Internationaler Archivar des SCI. Dieser Beitrag basiert auf einer dieses Jahres im Newsletter des SCI Schweiz erscheinenden Artikelserie von Anne Babey und Heinz Gabathuler.

Einblicke in die faszinierende Geschichte der weltweiten Zivildienstbewegung bzw. des Service Civil International (SCI) bietet das aus Anlass des hundertjährigen Jubiläums des Einsatzes von Esnes erschienene reich bebilderte Buch «Words about Deeds. 100 years of International Voluntary Service for Peace», 2. Auflage 2020 in englischer Sprache. Das Buch kann über die Website des Internationalen Sekretariats des SCI bestellt werden: <https://2020.sci.ngo/words-about-deeds/>.

Zu den heutigen Aktivitäten des SCI informiert die Website des Schweizer Zweigs: <https://scich.org/> und des internationalen SCI <https://sci.ngo/>.

100 Jahre SCI Schweiz Jubiläumsprogramm

14. März: Filmscreening (Bern)

Wir zeigen zwei Kurzfilme (je ca. 30 min) aus unserem SCI-Archiv. Der erste Film handelt vom SCI-Einsatz 1951 in Zerne nach einer Naturkatastrophe und der zweite Film zeigt einen SCI-Einsatz von 2001 beim langjährigen Projektpartner Biohof Gruebismalm. Die Filme präsentieren die Vielfaltigkeit und Entwicklung der SCI-Einsätze in den letzten Jahrzehnten und sie vermitteln einen Einblick in die Friedensarbeit des SCI Schweiz.

18.30 – 18.45 Eintreffen

18.45 – 19:00 Input SCI Schweiz

19.00 – 20.00 Filmvorführung

ab 20.00 – Diskussion (ciné liminal)

21.00 Ende der Veranstaltung

Wo: Kino in der Reitschule

(Neubrückstrasse 8, 3012 Bern)

Gäste: Walter Flury, Projektpartner Gruebismalm, und Michael Ryffel, Teilnehmer in diesem Projekt und Filmemacher. Dies ist eine Kooperation mit ciné liminal und Kino in der Reitschule.

4. & 5. Mai: Mini-Workcamp und Mitgliederversammlung in Ormont-Dessus VD

Sa, 4. Mai: Mini-Workcamp,

12:30 Uhr, Les Diablerets, Bahnhof

Einsatz in der Gemeinde

Gemeinsames Abendessen

Abendprogramm: Spielabend

So, 5. Mai: Versammlung, 11:30 Uhr

Willkommen & Kennenlernrunde

SCI 2023 Statutarischer Teil

Apéro (von der Gemeinde offeriert)

Wenn du an einer Teilnahme interessiert bist, melde dich bitte bei Nathalia: nathalia.zimmermann@scich.org

21. September: Living-Library: Internationaler Tag des Friedens (Bern)

Weitere Informationen zum Event werden veröffentlicht auf <http://scich.org>.

Antisemitismus-Vorwürfe an die Linke

Es ist unbestritten, dass sich in letzter Zeit antisemitische Handlungen und Aussagen – vor allem in sozialen Medien und in Schulen – häufen. Es ist wichtig, junge Menschen über die Geschichte des Antisemitismus und die Geschichte des Nahostkonflikts aufzuklären. Das vorliegende Papier der Jüdischen Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina JVJP diskutiert nicht das Vorkommen von Antisemitismus, sondern die zunehmende Immunisierung der israelischen Politik und die Einschränkung der legitimen Debatten über sie mithilfe von Antisemitismusvorwürfen.

Im Folgenden erläutern wir:

- Unsere Besorgnis über die zunehmenden Antisemitismusvorwürfe an die Linke,
- was wir unter Antisemitismus verstehen,
- dass es Antisemitismus in der Linken durchaus gibt und dieser reflektiert werden muss, dass linke Politik aber nicht systematisch mit Antisemitismus verbunden ist,
- dass es sich nicht überall, wo Antisemitismus vermutet wird, um Antisemitismus handelt,
- dass neutrale Aussagen allerdings auch einen antisemitischen Subtext haben können,
- dass die Gleichsetzung von Israel und Juden/Jüdinnen ein Problem ist,
- dass wir Empathie von linker wie von bürgerlicher Seite sowohl mit palästinensischen wie auch mit israelischen Opfern fordern.

Wir sind besorgt

Als Jüdinnen und Juden, die sich als Teil der linken Bewegungen verorten, sind wir besorgt über den zunehmend inflationären Vorwurf des Antisemitismus im Zusammenhang mit Kritik an der israelischen Politik. Linke Kritik an Israel wird immer häufiger als Antisemitismus gebrandmarkt, der Raum für legitime Kritik über die israelische Politik schrumpft zusehends. Erhebungen zeigen, dass Menschen, die sich politisch als rechts verorten, in weit häufigerem Ausmass als Linke ein antisemitisches Weltbild haben.

Dennoch thematisiert der öffentliche Diskurs heute fast nur Antisemitismus in der Linken. Rechte antisemitische PolitikerInnen und Parteien sind heute Freunde Israels. Sie teilen den heute in Israel herrschenden Nationalismus und den Militarismus, sie unterstützen die antidemokratische, rassistische und diskriminierende Politik der israelischen Regierung.

Die israelische Regierung nutzt den Vorwurf des Antisemitismus als Mittel, sich unangreifbar zu machen. Wenn Kritik an israelischer Politik als Antisemitismus definiert wird, muss Israel keine Verantwortung für diese Politik übernehmen. Im Mittelpunkt stehen dann nicht die Handlungen der israelischen Regierung, sondern die vermutete Motivation jener, die sie kritisieren. Das verletzt die Meinungsfreiheit und führt zur Einengung und Beschränkung der Debatte über den Nahostkonflikt.

Was ist Antisemitismus?

Es gibt keine allgemein akzeptierte Definition von Antisemitismus. Grossen Einfluss auf dem politischen Parkett hat die Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance IHRA (Internationale Allianz zum Holocaustgedenken). Die IHRA-Arbeitsdefinition betont israelbezogenen Antisemitismus und ist zu einem politischen Mittel geworden, Kritik am Staat Israel und an der israelischen Politik dem Generalverdacht des Antisemitismus zu unterstellen. Als Reaktion auf die IHRA-Definition haben über 200 mehrheitlich jüdische WissenschaftlerInnen, die Jerusalem Declaration on Antisemitism formuliert: «Antisemitismus ist Diskriminierung, Vorurteil, Feindseligkeit oder Gewalt gegen Jüdinnen und Juden als Jüdinnen und Juden (oder jüdische Einrichtungen als jüdische).»

Theodor W. Adorno bezeichnete Antisemitismus als «Gerücht über die Juden». In seiner Nachfolge definiert der englische Philosoph Brian Klug Antisemitismus als «Feindschaft gegen Juden als <Juden>». «Juden» in Anführungszeichen bezeichnet ein stereotypes Bild von Juden und Jüdinnen, eine Imagination mit allen uns bekannten meist negativen,

teilweise aber auch positiven Eigenschaften, die Jüdinnen und Juden zugeschrieben werden. In diesem Sinn bezeichnet Antisemitismus nicht eine spezifische Haltung gegenüber Juden, sondern eine bestimmte Vorstellung von «Juden».

Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem

Antisemitismus und die damit verbundenen Vorurteile, Stereotypen und Verschwörungstheorien sind in unserer Kultur weit verbreitet. Antisemitische Bilder stehen zur Verfügung. Sie können für linke, rechte, christliche, muslimische, arabische etc. politische Ideologien verwendet werden. Es ist wichtig, sich dieser Bilder bewusst zu sein, und es liegt in der Verantwortung sowohl von Einzelnen wie auch von politischen Bewegungen, sie zu reflektieren. Die reflexartige und obsessive Verurteilung von Aussagen als antisemitisch durch den Staat Israel und andere ist nicht hilfreich, sondern hinderlich für eine Reflexion von Antisemitismus und dessen Bekämpfung.

Niemand in unserer Kultur ist gefeit vor Antisemitismus – genauso wenig wie gegen Sexismus oder Rassismus. Wir alle sind mit bestimmten Vorstellungen über «Juden» aufgewachsen – ob wir uns politisch rechts, links oder in der Mitte positionieren. Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Systemisch ist rechte und nicht linke Politik mit einem antisemitischen Weltbild verbunden. Rechte Politik tritt an, um partikulare Interessen, Privilegien und Rechte des eigenen Kollektivs durchzusetzen. Nationalistische Ideologien fördern den Ausschluss von Minderheiten und schaffen Sündenböcke.

Linke Politik ist Interessenpolitik von unten. Sie setzt sich für den sozialen Ausgleich ein – auf lokaler bis hin zur internationalen Ebene. Sie tritt an, um universalistische Rechte durchzusetzen. Viele ausserparlamentarische Linke pflegen allerdings eine manichäische Sicht, wonach die Welt in Opfer und Täter, in Unterdrücker und Unterdrückte aufgeteilt ist. Sie identifizieren sich mit Unterdrückten, deren Ideologien und

Fortsetzung Seite 12

Methoden im Kampf gegen die Unterdrückung sie nicht reflektieren – ob in Lateinamerika, Afrika oder eben in Palästina.

Die Grenzen zwischen TäterInnen und Opfer sind aber nicht immer säuberlich zu trennen. Dies hat der Angriff der Hamas auf israelische ZivilistInnen am 7. Oktober 2023 gezeigt, dem 1200 Menschen zum Opfer gefallen sind und bei dem mehr als 200 Menschen entführt wurden. Viele Linke konnten und können sich nicht dazu aufrufen, diesen Überfall mit deutlichen Worten zu verurteilen, weil PalästinenserInnen im Kontext der Besetzung Unterdrückte und Israelis TäterInnen sind.

Israel und seine UnterstützerInnen – rechte, bürgerliche PolitikerInnen – machen sich das heute zunutze und diffamieren die ausserparlamentarische Linke pauschal als antisemitisch. Das stellen wir vehement in Abrede. Diese Diffamierungen dienen dazu, menschenverachtende und völkerrechtswidrige israelische Politik zu legitimieren und gegen Kritik zu immunisieren.

Die JVJP – Jüdische Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina teilt die klare und unmissverständliche Kritik an diesem Krieg Israels, der offiziell die Hamas zum Ziel hat, tatsächlich aber in weit grösserem Masse die Zivilbevölkerung Gazas trifft. Die israelische Bombardierung hat zum jetzigen Zeitpunkt bereits über 27'000 Menschen getötet und Häuser, Infrastruktur, Moscheen und Kirchen im Gazastreifen in Schutt und Asche gelegt.

Dies hat dazu geführt, dass Verurteilungen von Hamas noch weniger zu hören sind.

Wenn an Pro-Palästina-Demos die Verbrechen der Hamas nicht erwähnt werden, ist dies unverständlich und falsch. Wir distanzieren uns von Menschen und Organisationen, die die Hamas-Übergriffe als verständlichen und legitimen Widerstand verharmlosen. Genauso distanzieren wir uns von Menschen und Organisationen, die die Flächenbombardierungen von Gaza und den Tod von Zehntausenden von ZivilistInnen als legitime Selbstverteidigung Israels ansehen.

Nicht immer, wenn Antisemitismus vermutet wird, handelt es sich tatsächlich um Antisemitismus

Von jüdischer Seite wird oft das grosse Interesse von Linken am Nahostkonflikt infrage gestellt und darin eine antisemitische Motivation vermutet oder unterstellt. Auch wir kennen diese Ängste. Faktisch gibt es aber viele Gründe für das erhöhte Interesse, die nicht antisemitisch sind:

- Als «heiliges Land» war Israel/Palästina schon immer im Fokus der christlichen Welt;
- europäische Mächte haben den Nahen Osten nach dem Ersten Weltkrieg unter sich aufgeteilt und kolonisiert;
- die Zustimmung zur Teilung Palästinas und zur Schaffung eines jüdischen Staates erfolgte als Reaktion auf die Shoa, gekoppelt mit der Weigerung der Grossmächte, selbst jüdische Flüchtlinge und Holocaustüberlebende aufzunehmen;
- Bevölkerungen im globalen Süden

und Menschen, die sich mit ihnen solidarisieren, nehmen den Zionismus als europäische, kolonialistische Bewegung wahr, die palästinensische Selbstbestimmung verunmöglicht;

- Israel versteht sich als Teil der westlichen Welt und beansprucht eine Demokratie zu sein.

Dies alles sind legitime Gründe dafür, dass in Europa traditionell ein grosses Interesse am Nahostkonflikt besteht.

Kritik an Israel wird oft so heftig formuliert, dass sie Befürchtungen weckt. Die Heftigkeit kann antisemitisch motiviert sein. Trotzdem müssen wir uns als Jüdinnen und Juden fragen: Geht es um Wut auf die Handlungen Israels oder stereotype Vorstellungen von «Juden und Jüdinnen»? Kritik am jüdischen Nationalismus oder am jüdischen Staat ist nicht antisemitisch, wenn sie sich auf die politischen Handlungen Israels bezieht, also auf Fakten. Wenn sie Stereotypen und Imaginationen verwendet, die als «typisch jüdisch» gelten, ist sie antisemitisch.

Viele Menschen beurteilen den Slogan «From the river to the sea, Palestine will be free» als antisemitisch, weil sie damit eine Vertreibung oder Vernichtung der jüdischen Israelis verbinden. PolitikerInnen und Institutionen prangern den Slogan an und definieren ihn als antisemitisch. Er dient ihnen als «Beweis» für Antisemitismus.

Der Slogan wird auch in Israel skandiert. Wenn damit die Schaffung eines einheitlichen demokratischen Staates für alle BewohnerInnen des Landes, gemeint ist, ist das antizionistisch, vielleicht utopisch und unrealistisch, deswegen aber nicht antisemitisch. Wer diesen Slogan verwendet, ist aufgefordert, die Vision dahinter zu kommunizieren. Nur wenn die Absicht dahinter ist, jüdische BewohnerInnen zu vertreiben oder zu vernichten, weil sie JüdInnen sind, wird der Slogan zu einem antisemitischen Aufruf zur Gewalt.

Zu «From the river to the sea» ist zudem zu sagen, dass die israelische Regierung ganz offiziell exakt dieses Ziel verfolgt, nämlich eine jüdische Vorherrschaft vom Jordan bis zum Mittelmeer zu schaffen bzw. aufrechtzuerhalten. Und Israel ist mit der Erfüllung dieses Slogans um einiges erfolgreicher als Palästina. Wer den Slogan kritisiert, ist daher aufgefordert, die diesbezügliche israelische Politik auch zu kritisieren. Wenn das eine antisemitisch ist, ist das andere rassistisch.



Antisemitismus als Subtext

Selten äussert sich Antisemitismus direkt. Aussagen können einen antisemitischen Subtext haben. Manchmal ist es leicht, diesen Subtext zu entschlüsseln, zum Beispiel bei einem Demoplakat mit der Aufschrift «Freiheit für alle, nicht nur für ein paar Auserwählte». Obwohl inhaltlich nichts an dieser Aussage auszusetzen ist, impliziert der Begriff «Auserwählte» eine Spitze gegen das religiöse Konzept der Auserwählung. Dasselbe gilt bei Aussagen mit Chiffren wie «die Rothschilds», «Brunnenvergiftung», «Blutsauger», «Krebsgeschwür» oder Aussagen, die Macht und Arroganz betonen und Verschwörungstheorien äussern.

All dies bezieht sich auf antisemitische Vorstellungen über «Juden». Vielen, vor allem jüngeren Leuten, ist nicht bewusst, dass sie sich antisemitischer Stereotypen bedienen, wenn sie diese Begriffe verwenden. Es braucht Aufklärung über die Geschichte von Antisemitismus sowie Sensibilisierung für die Ängste, Erfahrungen und Empfindungen jüdischer Menschen.

Zuweilen vermuten Jüdinnen und Juden – auch wir – antisemitische Motivationen, obwohl sie nicht festzumachen sind. Manchmal stimmt dieses Gefühl. Manchmal stimmt es nicht. In diesen Fällen ist es angebracht, sich auf die vorgetragene Kritik und die entsprechenden Fakten zu konzentrieren und nicht auf die Motivation der Kritisierenden. Kritik an Israel oder politische Vorgehensweisen können auch dumm, kontraproduktiv, inkorrekt oder unfair sein, ohne antisemitisch zu sein.

Gleichsetzung von jüdischen Menschen und Israel

Der Staat Israel und jüdische Menschen sind nicht deckungsgleich. Zwar haben viele Jüdinnen und Juden familiäre und biographische Bezüge zu Israel, aber sie sind nicht verantwortlich für die israelische Regierung. Wer eine Schweizer Jüdin mit der Frage konfrontiert: «Hast du gelesen, was eure Armee wieder angerichtet hat?», muss sich Kritik gefallen lassen.

Wer Juden und Jüdinnen mit Israel gleichsetzt, greift jüdische Menschen an, wenn es eigentlich um Israel geht. Dies hat zur Folge, dass es eine Korrelation gibt zwischen israelischer Politik und Angriffen auf Juden und Jüdinnen. Dass die israelische Regierung (zum Beispiel mit dem Nationalstaatsgesetz) oder jüdische Institutionen (mit der



Sag mal, Papa, was werfen Antisemiten den Juden vor? – Dass sie Juden sind!

bedingungslosen Solidarität mit Israel) diese Gleichsetzung fördern, ist falsch und erschwert die Aufklärung. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, immer wieder darauf hinzuweisen, dass Israel und jüdische Menschen nicht deckungsgleich sind.

Fehlende Empathie – auf beiden Seiten

Der 7. Oktober hat bei Jüdinnen und Juden Ängste ausgelöst. Die Erfahrung, in Israel nicht sicher und geschützt zu sein, hat Erinnerungen an Pogrome geweckt. Auch im Ausland sind viele Juden und Jüdinnen verunsichert und fühlen sich durch die fehlende Empathie bedroht. Diese Ängste müssen wahr- und ernst genommen werden. Erschwerend ist, dass die israelische Regierung diese Ängste zur Rechtfertigung ihrer Politik instrumentalisiert.

Palästinensische Bewohnerinnen und Bewohner von Gaza, der Westbank und in Israel erleben eine noch viel realere, konkrete Bedrohung. Aber-

tausende Tote, Verletzte und Vertriebene, zerstörte Häuser, die Auslöschung ganzer Familien hinterlassen Wut, Verzweiflung, Trauer, Sprachlosigkeit und Traumata, die noch viele Jahrzehnte die palästinensische Bevölkerung heimsuchen werden.

Weil es vor Ort im Moment vielen Menschen nicht möglich ist, Empathie mit den «Anderen» zu empfinden, ist es umso mehr die Aufgabe von solidarisierenden Menschen ausserhalb von Israel und Palästina, Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts aller Seiten zu benennen und zu bekämpfen, wie auch Empathie sowohl mit den palästinensischen Opfern des Gazakrieges wie auch mit israelischen Opfern des Hamas-Überfalls einzufordern.

Jüdische Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina, Februar 2024. www.jvjp.ch/de

Vergessen von der Welt

Bis Ende 2022 tobte in der äthiopischen Region Tigray ein mörderischer Krieg. Überlebende und Vertriebene sind verloren, zugrundeliegende Konflikte ungelöst.

/ Julian Busch /

Die Angst, sagt der Mann, klebe an ihm wie ein Magnet. Sie verfolge ihn bis in seine Träume. Langsam schreitet er über das saftige Gras, durch die kleinen Baracken der Schule, in denen heute statt der Schulkinder die Vertriebenen des Krieges leben. «Tod dem Tigray, vorwärts Äthiopien» steht an einer Wand, daneben sind Elefanten und Zebras aufgemalt, das kleine Einmaleins, ein Globus – sie alle durchlöchert von den Kugeln der Gewehre.

Hailu Abreha ist ein kleiner Mann, 48 Jahre alt, kahlköpfig und in einem dunklen Polohemd, das nur notdürftig von den Nähten zusammengehalten wird. Er führt an diesem Nachmittag im Herbst, ein Jahr nach Kriegsende, über den Schulhof am Rande der Stadt Adi Daero im äthiopischen Hochland. Seine Stimme zittert kurz, als er zu erzählen beginnt, dann wird sie flüssig, seine Worte werden präzise.

Bis heute, sagt er, könne er die Tritte und Schläge der Soldaten nicht vergessen, die er einst seine Freunde und Nachbarn nannte. Wie sie ihm befahlen, niederzuknien, wie er hinter sich den Abzug eines Gewehrs spannen hörte und dachte, dass sein Leben nun zu Ende sei. Und wie die Soldaten ihm schliesslich einfach nur befahlen, nie wieder zurückzukehren – unter Gelächter, als sie seine Todesangst sahen. «Was ist das für ein Frieden», sagt er, «wenn sie noch immer über unser Land herrschen?»

Der Krieg in der nordäthiopischen Region Tigray war einer der blutigsten Konflikte der jüngeren Geschichte. Zwei Jahre lang kämpfte die Armee von Äthiopiens Regierung unter Ministerpräsident Abiy Ahmed gegen die Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF), die Machthaber in der gleichnamigen Region. Es ging um einen Machtkonflikt zwischen Zentralismus und Föderalismus.

Abiy wollte die Macht im Land zentralisieren, die TPLF dagegen fürchtete um ihre politische Stellung im Tigray. Als im November 2020 der Konflikt eskalierte, schickte Abiy seine Armee in die Region. Unterstützung erhielt er aus dem Nachbarland Eritrea und dem äthiopischen Bundesstaat Amhara. Für den eritreischen Diktator Isaias Afewerki ist die TPLF seit dem äthiopisch-eritreischen Krieg von 1998 bis 2000 ein Erzfeind; der Bundesstaat Amhara erhebt seit Jahrzehnten Anspruch auf Gebiete im westlichen Tigray.

In dem fast zweijährigen Krieg starben schätzungsweise bis zu 600'000 Menschen. Im November 2022 unterzeichneten die Konfliktparteien im südafrikanischen Pretoria einen Friedensvertrag. Doch bis heute sind weite Teile der Region, darunter Westtigray, ein Gebiet so gross wie Schleswig-Holstein, von amharischen Milizen besetzt. Mehr als eine Million Menschen können nach UN-Angaben nicht in ihre Heimat zurückkehren. Untergebracht in provisorischen Flüchtlingslagern, ehemaligen Schulen, Kasernen und Fabriken überall in Tigray, leben sie bis heute in einer Art Schwebezustand.

Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International sowie die Vereinten Nationen berichten zudem seit Kriegsende immer wieder von Kriegsverbrechen und Vertreibungen aus den noch besetzten Gebieten. So auch im Fall von Hailu Abreha, der der ethnischen Gruppe der Tigray angehört. Einen Monat nach dem Friedensabkommen wurde er gewaltsam aus seiner Heimat vertrieben.

Zusammen mit einem Freund und Geschäftspartner, der dem Volk der Amhara angehörte, betrieb er ein Restaurant in der Stadt Humera. Sie züchteten ganzjährig Ochsen und Stiere, trockneten das Fleisch nach der Schlachtung und bereiteten es in der eigenen Küche zu. «Das Restaurant war im ganzen Land bekannt», sagt Abreha. Sogar aus der Hauptstadt Addis Abeba kamen Gäste, um bei ihnen zu essen. Kurz vor Ausbruch des Krieges wollte er ein zweites Restaurant eröffnen, um seinen Kin-

dern ein Studium in der Hauptstadt zu ermöglichen. Das war sein Traum.

In der knapp 20'000 EinwohnerInnen zählenden Gemeinde Baeker in Westtigray hätten viele seiner Nachbarn zu den Amhara gehört. Für ihn habe es nie einen Unterschied zwischen den Volksgruppen gegeben. «Wir haben uns toleriert», sagt er. Doch als im November 2020 der Krieg ausbrach, habe sich die Stimmung in seinem Dorf und in der ganzen Region schlagartig verändert. Hasstiraden und Beleidigungen hätten um sich gegriffen. Die Tigrayer seien als «Ratten» und «Ungeziefer» beschimpft worden. Nachbarn und Freunde wurden plötzlich zu Feinden, erzählt Abreha. Wenige Tage später seien die Fano-Milizen, eine paramilitärische Bürgerwehr der Amhara, zusammen mit der äthiopischen Armee in das Dorf eingefallen.

Abreha erinnert sich noch genau – es sei wie der Einbruch der Hölle gewesen. Die Soldaten gingen von Tür zu Tür und erschossen jeden erwachsenen Mann, den sie verdächtigten, die tygrischen Truppen zu unterstützen. «Wir werden euch auslöschen», brüllte einer der Soldaten. Sie plünderten die Vorräte, stahlen Kühe und Saatgut. Dann brannten sie die Häuser nieder.

Abreha floh mit seiner Familie in die Berge. Die Überlebenden erzählten ihm später, wie überall auf den Strassen die Toten in ihrem eigenen Blut lagen, wie die Frauen aus der Nachbarschaft, die sich nicht rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten, von den Soldaten vergewaltigt wurden. Erst eine Woche später zogen die Soldaten ab. Die BewohnerInnen trauten sich nur langsam zurück, die Stimmung blieb angespannt. «Wir lebten inmitten von Feinden», sagt er.

Vor einer kleinen Schulbaracke, deren Fenster mit weissen Planen verhängt sind, bleibt Abreha schliesslich stehen und zieht einen blauen Plastikstuhl heran. Sein Blick schweift kurz über die zerschossene Mauer des Gebäudes, dann über das Schulgelände. Kinder in schmutziger, teils zerrissener Kleidung schreien durcheinander.

Etwas abseits ringt eine Gruppe von Frauen, alle in Weiss gekleidet, mit der



Vertriebene aus Nordwest-Tigray in einem UNHCR-Flüchtlingslager in Shire.

Pumpe eines kleinen Steinbrunnens. Vom Grundwasser bekämen die Menschen im Lager regelmässig Durchfall, sagt er. Es fehle an ausreichend frischem Wasser und Lebensmitteln, bisher lebten sie vor allem von Spenden aus der Stadt. Heute, sagt er, hat er keinen Zweifel mehr daran, dass es den amharischen Milizen um Habgier und Raub ging. Der Boden im westlichen Tigray sei viel fruchtbarer als im restlichen Teil der Region. «Sie haben unsere Traktoren mitgenommen, unsere Vorräte geplündert, die Maschinen aus den grossen Fabriken abtransportiert», erzählt er, «sie wollten unser Land.»

Der Streit um das Gebiet im äthiopischen Hochland ist tief verwurzelt: Die Amharen betrachten den Westen Tigrays seit Langem als Teil ihres Staates. Im Laufe der Geschichte wechselte die Verwaltung immer wieder zwischen den beiden benachbarten Regionen. Amhara war historisch die dominierende Region Äthiopiens, sowohl unter dem Kaiserreich als auch unter der kommunistischen Militärdiktatur nach dessen Sturz 1975. Dies änderte sich erst in den 1990er-Jahren, als die damalige Rebellenbewegung TPLF aus Tigray erfolgreich die kommunistische Militärjunta

Äthiopiens vertrieb und an der Spitze einer neuen Regierung ethnischen Föderalismus einführte. Sie teilten das Land nach Sprache und Ethnie in zehn Bundesstaaten auf. Das heutige Westtigray gehört seitdem zum Bundesstaat Tigray.

Einflussreiche Amhara-Akteure beanspruchen das Land jedoch mit der Begründung, es habe schon immer zu Amhara gehört. Bereits in den 1990er-Jahren formierte sich eine Bewegung zur Wiederherstellung von «Welkait», wie das Land von den Amhara oft genannt wird. Als 2018 Abiy Ahmed Ministerpräsident von Äthiopien wurde und der jahrzehntelangen Dominanz der TPLF den Kampf ansagte, gewann auch die Welkait-Bewegung wieder an Dynamik. Mit Ausbruch des Krieges zwischen Armee und TPLF um die Macht in Tigray 2020 nutzte Abiy die Gunst der Stunde, um die Unterstützung Amharas zu gewinnen und die beiden rivalisierenden Regionen gegeneinander auszuspielen. Innerhalb weniger Wochen vertrieben amharische Milizen und die äthiopische Armee die tigrayschen Kräfte und annektierten Westtigray.

Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und Human Rights Watch berichteten in der Folge

von zahlreichen Massakern, sexueller Gewalt und ethnischen Säuberungen durch amharische Milizen und die äthiopische Armee. Allein in den ersten Wochen des Krieges flohen Hunderttausende Menschen aus Westtigray. Auch tigrayische Truppen begingen laut Vereinten Nationen später Kriegsverbrechen, wenn auch mutmasslich in geringerem Ausmass.

Vorwurf des Völkermords

Experten wie der Friedens- und Konfliktforscher Kjetil Tronvoll vom Oslo New University College, der seit Jahrzehnten über Äthiopien forscht, sprechen angesichts der Schwere der Verbrechen von einem Völkermord. Die Gräueltaten hätten sich «sehr systematisch und gezielt» gegen die Zivilbevölkerung gerichtet, so Tronvoll. Es sei Sache eines internationalen Gerichts, darüber zu urteilen, aber angesichts der gezielten Absicht, die Tigrayer zu vernichten, müsse man von Genozid sprechen.

Als die äthiopische Regierung im November 2022 Frieden mit der TPLF schloss, fühlte sich die Führung der Amhara betrogen. Sie witterte Verrat. Das

Fortsetzung Seite 16

Friedensabkommen erwähnt die umstrittenen Gebiete in Westtigray zwar nicht, soll aber die «verfassungsmässige und territoriale Integrität» Tigrays wiederherstellen, was einer Rücknahme der Eingliederung Westtigrays in die Amhara-Region gleichkommt. Amhara werfen nun Abiy vor, die umstrittenen Gebiete, die sie während des Krieges erobert hatten, an Tigray zurückgeben zu wollen.

Die Spannungen nahmen weiter zu, als im vergangenen Sommer in ganz Amhara Kämpfe zwischen Regierungstruppen und den Fano, den bisher mit der Regierung verbündeten Amhara-Milizen, ausbrachen. Diese verweigerten sich einem Befehl Abiys, die regionalen paramilitärischen Einheiten aufzulösen und sich in die äthiopische Armee zu integrieren. Seitdem herrscht Krieg in Teilen Amharas. Äthiopiens Regierung steht nun vor einem Dilemma. Sie will weder das Friedensabkommen mit Tigray gefährden noch den Konflikt in Amhara eskalieren lassen. Beides ist eine reale Gefahr. Ministerpräsident Abiy erklärte kürzlich, die Zukunft Westtigrays solle durch ein Referendum der Ein-

wohner geklärt werden. Aber nach den Massakern und Massenvertreibungen der vergangenen Jahre ist das schwierig.

Experten wie Kjetil Tronvoll befürchten, dass der Streit zu einem neuen Konflikt führt, sollten die Gebiete dauerhaft von Amhara besetzt bleiben und die Bevölkerung Tigrays beispielsweise versuchen, sie gewaltsam zurückzuerobern. Es gibt Berichte über neue Vertreibungen aus Westtigray durch Amhara-Milizen, die ihre Kontrolle über die Region jetzt festigen wollen.

Hailu Abreha berichtet, im August 2022 seien amharische Milizen und die Polizei in sein Dorf gekommen und hätten ihn zusammen mit einem Dutzend anderer Männer festgenommen. Er lacht. «Sie warfen uns vor, ohne Erlaubnis nach Tigray telefoniert zu haben, obwohl damals alle Telefonleitungen zerstört waren», sagt er. Abrehas Angaben lassen sich nicht unabhängig überprüfen, doch sie gleichen sich mit denen anderer Vertriebenen, mit denen die taz gesprochen hat, und mit Berichten von Menschenrechtsorganisationen und den Vereinten Nationen. Zusammen mit 40 anderen Gefangenen sei er monatelang in einer kleinen Zelle eines

Gefängnisses in Humera inhaftiert gewesen, sagt er.

Fast alle seien wegen derselben Anklage dort gewesen: unerlaubter Kontakt mit Tigray. Sein amharischer Geschäftspartner habe ihm jede Woche Essen ins Gefängnis gebracht. Mit der Zeit sei das Gefängnis immer voller und die Wärter seien immer brutaler geworden. «Sie folterten uns mit Elektroschocks, schlugen uns mit Kabeln», erzählt er. Erst Monate später, im Dezember 2022, wenige Wochen nach dem Friedensschluss, hätten Soldaten der Fano-Milizen ihn und rund 70 weitere Männer sowie fünf Frauen eines Nachts auf einen Lastwagen gezwängt und über den Fluss Tekeze gebracht, also von Westtigray in den Rest der Region. Hinter dem Fluss hätten die Soldaten ihnen befohlen, sich minutenlang in zwei Reihen auf den Asphalt zu knien. «Wir dachten, wir würden sterben», sagt Abreha heute. Doch dann liessen die Soldaten die Gruppe ziehen. Stundenlang seien sie über die Hochebene zur nächsten Stadt gelaufen.

Von der Familie nichts mehr gehört

Seit fast einem Jahr lebt Abreha nun in der kleinen Schulbaracke. Von seiner Familie, seinen drei Kindern und seiner Frau, hat er seit der Vertreibung nichts mehr gehört. In dem kleinen Klassenzimmer liegen sorgfältig zwischen den Schulbänken Matratzen, darüber spannen sich blaue Moskitonetze. An der Wand ist noch das Alphabet, die Zahlen blaue Moskitonetze. An der Wand ist noch das Alphabet, die Zahlen von 1 bis 20, ein menschliches Skelett gemalt.

Knapp 35 Menschen lebten hier, sagt Abreha. In der ganzen Schule seien es mehrere Hundert, alles Vertriebene aus Westtigray. Selbst seine Matratze habe er sich geliehen, erzählt Abreha. Hilfsorganisationen seien seit Monaten nicht mehr im Lager gewesen. Die Schule soll bald öffnen, «aber wohin mit den Menschen?», fragt er. Der Krieg sei zwar vorbei, sagt er, aber solange er nicht wieder zu Hause bei seiner Familie sei, könne er keinen Frieden schliessen.

Doch er bezweifelt, dass dies in naher Zukunft geschehen wird. Von der äthiopischen Regierung könnten die Menschen in Tigray nichts erwarten, aber was sei mit der TPLF-Regionalverwaltung, fragt er. Es sei richtig gewesen, Frieden zu schliessen, der Krieg habe nur Tod und Gewalt gebracht. Jetzt brauche es aber mehr Unterstützung für jene, die noch immer unter den Folgen





Kämpfer der Tigray Defense Force (TDF) marschieren zu einer Trauerkundgebung für ihre gefallenen Kameraden und Kamaradinnen.

litten, die noch immer nicht nach Hause könnten. Er trifft die Stimmung vieler Menschen in diesen Tagen in Tigray. Vor allem junge Menschen sehen im Friedensabkommen eine Kapitulation der TPLF und fühlen sich bei der Bewältigung der Kriegsfolgen alleingelassen.

Ein paar Strassen von der Schule entfernt steht hinter einem Wall aus Trümmern die 61-jährige Hiwet Demez und zeigt auf ein Loch im Boden. Hier, sagt sie, sei die Bombe eingeschlagen. Demez, eine kleine Frau in blauem Kleid, spricht mit energischer Stimme. Ein Schleier aus Staub hat sich über ihre Hände und ihr Gesicht gelegt. Sie hat die Schamma, das traditionelle weisse Tuch, fest um die Schultern gewickelt.

In der Schlussphase des Krieges im September 2022 entbrannte der Kampf um die nahe gelegene Stadt Shire, auch Adi Daero wurde von äthiopischen Kampfflugzeugen bombardiert. Mehrere Bomben trafen die gesamte Nachbarschaft, darunter auch das Haus der Familie. Eine Nachbarin und ihr Neugeborenes starben in den Trümmern. Demez und ihre beiden Söhne wurden schwer verletzt. Erst nach Stunden konnten sie von Nachbarn geborgen werden. Wenig später drangen eritreische Solda-

ten in den kleinen Ort ein. Sie plünderten, mordeten und brannten viele Häuser der Stadt nieder, erzählt auch Demez.

Dabei sei der Krieg nicht einmal das Schlimmste gewesen. Ein Jahr vorher, im Sommer 2021, hatte die TPLF Adi Daero zurückerobert. Damals war die Freude in der Stadt zunächst gross. Doch die äthiopische Regierung verhängte eine Blockade über Tigray mit dem Ziel, die Region auszuhungern. Mehr als 5 Millionen Menschen litten Hunger, die Zahl der Toten wird auf Hunderttausende geschätzt. «Der Krieg war vorbei. Der Hunger kam», sagt Demez.

Keine Mittel für den Wiederaufbau

Heute, ein Jahr nach Ende des Krieges, kann sie ihre Wut kaum unterdrücken. «Wir wollen die Häuser wieder aufbauen, aber uns fehlen die Mittel», sagt sie. Seit neun Monaten habe sie keine Unterstützung mehr erhalten, weder von der äthiopischen Regierung oder der Tigray-Regionalverwaltung noch von internationalen Hilfsorganisationen.

Die beiden wichtigsten Hilfsorganisationen für Tigray, das UN-Welternährungsprogramm (WFP) und die US-Entwicklungshilfebehörde USAID, setzten im Juni 2023 ihre Verteilungen

monatelang aus, wegen mutmasslicher Veruntreuung von Hilfslieferungen durch lokale BeamtenInnen. Seit Mitte Dezember laufen die Verteilungen zwar wieder, allerdings bisher nur in kleinem Umfang.

An der Stelle, an der einst das Haus der Familie stand, hat Demez mit ihrem Sohn begonnen, aus Bambus das Gerüst für ein neues Haus zu bauen. Doch es fehle der Familie an Beton, Holz und vor allem Lebensmitteln, sagt sie. Demez hat wenig Hoffnung, dass sich das in absehbarer Zeit ändern könnte. Es brauche mehr humanitäre Hilfe, fordert sie. Die Verbrechen müssten international anerkannt werden. Nur wenn Täter zur Rechenschaft gezogen würden, könne es auch einen dauerhaften Frieden geben. «Die Welt hat uns vergessen», sagt sie. Kurz bevor die Sonne an diesem Tag untergeht, reiht Hailu Abreha sich in der Schule in eine kleine Schlange ein. Ein privater Geschäftsmann aus der Stadt hat Essen gebracht. Das sei jetzt sein Leben, sagt er. Anstehen, statt selbst kochen. Dabei sei er bereit zu verzeihen, wenn er nur endlich in seine Heimat zurückkehren könne. Im Frieden.

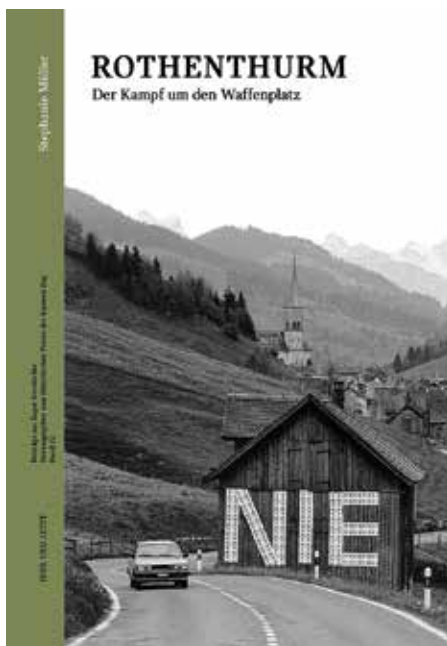
Diese Reportage erschien in der TAZ vom 16.1.2024

Der Kampf um den Waffenplatz

Die Zuger Historikerin und Kulturmanagerin Stephanie Müller legt die erste umfassende Publikation über die Rothenthurm-Initiative vor, die nach einem langen Kampf der betroffenen Bauern gegen die geplante Errichtung eines Waffenplatzes in der zentral-schweizerischen Hochmoorlandschaft am 6. Dezember 1987 mit 58 Prozent der Stimmen – nicht zuletzt wegen der Frauen – überraschend angenommen worden war.

/ Peter Weishaupt /

Es war wahrlich eine Sensation, als am 6. Dezember 1987 die Volksinitiative «Zum Schutz der Moore – Rothenthurm-Initiative» mit einem Stimmenanteil von 57,8 Prozent angenommen wurde. Sie war erst das neunte und das erste grüne erfolgreiche Begehren in der Geschichte der Schweizer Volksinitiative und dank einer Allianz von Umweltschutzorganisationen, lokalem zentral-schweizerischem Widerstand und armeekritischen Kreisen gelang es, ausufernden militärischen Ansprüchen eine Grenze zu setzen.



Stephanie Müller: **Rothenthurm. Der Kampf um den Waffenplatz.** Verlag Hier und Jetzt, Zürich 2023, 168 Seiten, Fr. 43.90.

Im Jahre 1972 waren Pläne des damaligen Eidgenössischen Militärdepartementes (EMD, heute VBS) bekannt geworden, mitten in der Hochmoorlandschaft von Rothenthurm – mit 1137 Hektaren eine der grössten zusammenhängenden Moorlandschaften der Schweiz – für fünfhundert Soldaten eine Kaserne zu bauen und das Gelände mit Pisten, Brücken, Wällen und Stellungen zum Übungsschiessen auszustatten. Es bildete sich sofort eine heftige Gegenwehr im Dorf Rothenthurm selbst und in der näheren Umgebung, Einwohnerinnen und Einwohner wehrten sich mit unzähligen originellen Protestformen, angeführt vom Bauern Adolf Besmer, dessen Hof genau im Kugelfang gelegen hätte und der Haus und Hof hätte aufgeben müssen.

Listiger Kampf der Bauern

Nach einem jahrelangen erbitterten Kampf, der zu keinerlei Einsicht bei der Militärverwaltung geführt hatte, griff der World Wildlife Fund (WWF) ein und lancierte eine eidgenössische Volksinitiative, die zwar hauptsächlich die Verhinderung des Waffenplatzes zum Ziel hatte, aber auf den Moorschutz im ganzen Land zielte. Sie verlangte, dass «Moore und Moorlandschaften von besonderer Schönheit und von nationaler Bedeutung Schutzobjekte sind. Es dürfen darin weder Anlagen gebaut noch Bodenveränderungen irgendwelcher Art vorgenommen werden.»

Stephanie Müller rekonstruiert in ihrer vom historischen Verein des Kantons Zug herausgegebenen Studie den langen, listigen Kampf der in der Arbeitsgemeinschaft gegen einen Waffenplatz Rothenthurm AWAR zusammengeschlossenen regionalen Gegnerschaft des Waffenplatzes. Eine erste Wegmarke hatte eine Konsultativabstimmung der Gemeinde Rothenthurm gesetzt, die sich 1975 mit 84 Prozent gegen das Projekt aussprach. Daraufhin konnte sich der Rothenthurmer Gemeinderat in seinem klaren Widerstand auf die Stimmung in der Bevölkerung abstützen.

Das hinderte das Militärdepartement nicht daran, sechs Jahre später die Enteignung von über 40 betroffenen Landbesitzern in Rothenthurm

(Schwyz) selbst und in der benachbarten Gemeinde Oberägeri (Zug) anzuordnen. Die Autorin beschreibt in einem ersten Teil, warum das Militär überhaupt einen Waffenplatz im Gebiet wollte, obwohl der Bedarf keineswegs ausgewiesen war.

Im Spannungsfeld des Kalten Krieges

Dabei greift sie auf das Spannungsfeld des Kalten Krieges und dessen Auswirkungen auf die Armeekonzeptionen zurück. Die Baubotschaft des EMD von 1983 mit der Realisierung des Waffenplatzes Rothenthurm beruft sich auf die Truppenordnung 61 mit ihrer enormen Bedeutung in der ersten heissen Phase des Kalten Krieges. Die Autorin vermerkt dann den Atomwaffensperrvertrag von 1968 und die Schlussakte der KSZE, später OSZE, 1975 als Phase einer kurzen Entspannung im Kalten Krieg und reiht die Konzeption der Gesamtverteidigung von 1973 in diese Phase ein.

Gegen Ende der 1970er-Jahre dann analysiert sie eine zweite heisse Phase mit dem Nato-Doppelbeschluss für die Stationierung von Atomraketen in Europa und dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan, die zu einer weiteren militärischen Abschreckungshaltung führte. Weiter zeigt Müller auf, wie sich ab Mitte der 1980er-Jahre das gesellschaftliche «Mentalitätsdreieck Antikommunismus, Geistiger Landesverteidigung und Sonderfallwahrnehmung» unter der Einwirkung neuer sozialer Bewegungen in dieser Zeit auflöste und sich der traditionelle Naturschutzbegriff zu einem Umweltschutzdenken entwickelte.

Die Akteure des Geschehens

In einem zweiten Teil analysiert Stephanie Müller die fünf Akteure des Geschehens und ihre «Argumentationstopoi», als da sind das EMD, dessen vereinte Gegnerschaft, die politische Gemeinde Rothenthurm sowie die Oberallmeinkorporation Schwyz und die Korporation Oberägeri, die letzteren drei zwar ohne Zugang zur nationalen Verhandlungsarena, aber mit entscheidendem Einfluss auf die öffentliche Meinung.

Hartnäckiger lokaler Widerstand von Bevölkerung und Behörden, befeuert durch phantasievolle Aktionen

von Aktivisten mit schlaudem Rückgriff auf urschweizerische Mythen wie dem Gesslerhut gegen die «fremden Vögte» des EMD und den Warnfeuern vor anrückenden Feinden auf den Hochwachten (siehe Bild), geschickte Taktik der AWAR, sich nicht als Armeegegner abqualifizieren zu lassen, sondern gegen Behördenwillkür zu kämpfen, gepaart mit dem Zusammenspiel mit den Umweltschützern des WWF, führte zum Abstimmungserfolg, den nur wenige vorausgesehen hatten.

Das Buch ist mit ausführlichen Anmerkungen, einer Zeittafel, einer Bibliographie und in der Mitte mit 24 farbigen und s/w-Bildern angereichert.

Folgen der Rothenthurm-Initiative

Als direkte Folge des Abstimmungserfolges von 1987 entstanden mehrere vom Bund erlassene Verordnungen, etwa jene zum Schutz der Hochmoore (1991), der Auen (1992), der Flachmoore (1994) und der Moorlandschaften von besonderer Schönheit und von nationaler Bedeutung (1996). Unterstützt wurde der Kampf der Rothenthurmer Bevölkerung nicht nur von der sich damals entwickelnden ökologischen Bewegung, sondern auch von Kritikerinnen und Kritikern des zunehmenden Landhungers der Militärs und der von ihnen über alle Naturschutzanliegen gesetzten militärischen Prioritäten.

So engagierten sich viele Leute im regionalen Rothenthurmer Widerstand und in der Folge für das Rothenthurmer Volksbegehren. Aus taktischen Gründen waren armeekritische Kreise zwar



Warnfeuer der Rothenthurmer Bauern gegen das Militärdepartement.

nicht im Initiativkomitee vertreten, denn «EMD und Armee waren damals noch heilige Kühe im Land, wer sich ihnen in den Weg stellte, galt als Linker oder Landesverräter», wie Besmer feststellte.

Unter anderem hatte der Friedensrat im Vorfeld der Abstimmung Wanderungen in Waffenplatzgebiete organisiert, um die ökologische Gefährdung durch rücksichtslose Waffenplatzbenutzung ins Bewusstsein der ganzen Schweiz zu rücken. Denn die Militärbehörden hatten noch einige weitere Waffenplatzpläne im Köcher, mussten jedoch nach der historischen Niederlage in Rothenthurm zurückkreben.

Der Kampf um Neuchlen-Anschwilen

Als Letztes verblieb den Militärbehörden ein Waffenplatzprojekt im ostschweizerischen Neuchlen-Anschwilen in der Nähe der Stadt St. Gallen. Doch auch dort bildete sich rasch nach der Bekanntgabe entsprechender Pläne ein regionaler Widerstand, der im April 1990 in eine Besetzung des vorgesehenen Geländes mündete. Nachdem die wochenlangen Besetzungsaktionen vor allem jüngerer Aktivistinnen und Aktivisten abflauten, ergriffen diese ebenfalls das Mittel der Volksinitiative und begannen mit der Unterschriftensammlung für ihre Initiative «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär».

Mitte Dezember 1990 wurde sie eingereicht, am 6. Juni 1993 kam sie zur Abstimmung. Um ihr den Wind aus den Segeln zu nehmen, stellte der Bundes-

rat einen indirekten Gegenvorschlag in Aussicht: Bei der Schaffung des Militärgesetzes, das die Militärorganisation von 1907 ersetzte, wurde die Zahl der Waffenplätze auf vierzig begrenzt und zudem die Grundlage für Umweltschutz auch im Militär geschaffen. Die Initiative wurde mit 44,7 Prozent Ja-Stimmen zu 55,3 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt und konnte also den Waffenplatz nicht mehr verhindern. Doch das Resultat bildete den Auftakt zu ernsthaften Bemühungen um einen schonenderen Umgang der Armee mit der Umwelt.

Der Friedensrat konnte das Erbe des Initiativkomitees übernehmen und ab Februar 1994 die Arbeitsstelle Militär und Ökologie (Amö) am Gartenhof aufbauen, mit Urs Höltschi als Sekretär. Die Amö entwickelte sich zu einer professionell geführten, deshalb umso gefürchteteren Fachstelle, von der Einsprachen gegen Ausweitungen bei den verbleibenden Waffenplätzen kamen. Die Arbeitsstelle stellte eine kritische Begleitung der Weiterentwicklungspläne, die der Bund ausarbeitete, sicher und legte vermehrt den Fokus auf die Aspekte Umweltschutz und Raumplanung. Mitte der 1990er-Jahre erarbeitete die amö Studien zur Militärluftfahrt in der Schweiz und in deren Alpenraum und zur ökologischen Bewertung des gesamten Militärbetriebs.



(Die Informationen zu «Folgen ...» und «Der Kampf um ...» stammen aus: **Haus Gartenhof in Zürich**. Raum für vernetzte Friedensarbeit, Zürich 2019).

Die Bedeutung der Sprache in der U

Am XX. Parteitag der KPdSU leitet der neue Parteichef Nikita Chruschtschow nach Stalins Tod und bis Mitte der 1960er-Jahre eine neue Ära ein. In der Folge sind Ukrainer in den Staats- und Parteigremien der Sowjetunion stärker vertreten, die teilweise Entstalinisierung mindert den Druck und führt zur Freilassung der meisten Gefangenen. Auch der kulturelle Spielraum wächst, und Intellektuelle setzen sich für eine Aufwertung der ukrainischen Sprache ein.

Zu Beginn der 1970er-Jahre erfolgt der Rückschlag. Der neue Parteichef der Ukrainischen Sowjetischen Sozialistischen Republik Wolodymyr Schtscherbyzky führt eine «Säuberung» unter Parteimitgliedern und Intellektuellen durch, gleichzeitig verstärken sich die Tendenzen der Russifizierung in Schulen und Publikationen. In den ukrainischen Städten wird Russisch zur vorwiegend gesprochenen Sprache, nur auf dem Land und in der Westukraine behauptet sich das Ukrainische.

Gegen die fortschreitende Russifizierung setzen sich seit Ende der 1960er-Jahre insbesondere Mitglieder der städtischen Intelligenz und aus dem Kulturbereich zur Wehr. Halyna Petrosanyak schildert die Entwicklung der 1960er- und 1970er-Jahre im nachfolgenden Beitrag. Im Mittelpunkt steht Ivan Dzubas (1931–2022) und dessen Publikation *Internationalismus und Russifizierung* von Dezember 1968.

/ Halyna Petrosanyak /

1961 verabschiedet der XXII. Parteitag der KPdSU ein neues Parteiprogramm über die «Verschmelzung der Nationen» der Sowjetunion zu einem einheitlichen Sowjetvolk. Das Programm sieht vor, dass Russisch zur verbindlichen Sprache aller Völker der Sowjetunion werden sollte. Dieser Beschluss beschleunigt die Russifizierung der Ukraine massiv. Trotz der in der Verfassung deklarierten These, dass die BewohnerInnen jeder Nation der Sowjetunion in ihrer Muttersprache kommunizieren dürfen und dass ebenso in jeder Nation in der jeweiligen Nationalsprache unterrichtet werden darf,

wird faktisch eine schleichende, nachhaltige Russifizierungspolitik betrieben.

Im Dezember 1965 schreibt der besorgte ukrainische Publizist Ivan Dzubas (siehe Kasten) einen ausführlichen Brief an die Führung der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik. In diesem Brief zählt er mehrere Übergriffe gegen die ukrainische Sprache und Kultur in Kyiw auf: die Auflösung des Klubs der kreativen ukrainischen Jugend; das Verbot einer Veranstaltung zum Gedenken an Lesja Ukrainka (Klassikerin der ukrainischen Literatur) im Zentralen Kultur- und Erholungspark am 31. Juli 1963; die Zerstörung des Schewtschenko-Glasfensters in der Kyiwer Universität (März 1964), gefolgt von der Verfolgung der jungen Künstler, die es geschaffen hatten; das Versammlungsverbot am Denkmal für Taras Schewtschenko (22. Mai 1964 und 1965) und Bestrafung derjenigen, die zum Denkmal kamen; das Verbot eines Abends mit Texten von Taras Schewtschenko in der Werkzeugmaschinenfabrik (März 1965), woraufhin der Abend in einem nahegelegenen Park stattfand und in der Folge Sanktionen gegen die Teilnehmer verhängt wurden; die Bestrafung mehrerer Dutzend junger JournalistInnen, AbsolventInnen der Staatlichen Universität Kyiw, die eine Erklärung unterzeichneten, in der sie gegen die ungerechtfertigte Entlassung des beliebten Hochschullehrers M. Shestopal wegen «Nationalismus» protestierten. Schliesslich die (wortwörtliche) Auflösung durch den KGB einer von Universitätsstudentinnen organisierten Diskussion über den Zustand der ukrainischen Kultur, an der mehrere hundert junge Menschen teilnahmen (27. April 1965), usw.

Verbreitung dank Samisdat

Die Kopien des Briefes von Ivan Dzubas an die politische Führung der Ukraine kursieren bald unter ukrainischen Aktivistinnen und Aktivisten. Später erscheint der Brief als Broschüre im Samisdat (auf Ukrainisch heisst die verbotene graue Literatur *Samwydaw*) unter dem Titel *Internationalismus oder Russifizierung?*. In seinem Werk erwähnt Ivan Dzubas die Politik der physischen Zerstörung der ukrainischen Nation wäh-

rend des grossen stalinistischen Terrors der 1930er-Jahre, die eine der grössten historischen Tragödien des ukrainischen Volkes in seiner Geschichte war.

Diese Politik hat dazu beigetragen, dass sich viele Ukrainerinnen und Ukrainer ihrer Nationalität und ihrer Sprache schämen: Sie halten sie für «bäuerlich», «unkultiviert», «drittklassig» und verstehen ihre grundlegendsten Pflichten gegenüber ihrer Heimat und ihrem Volk nicht mehr. Sie kennen die ukrainische Geschichte, die Kultur und die Sprache nicht mehr, sie lesen keine ukrainischen Bücher, unterstützen das ukrainische Theater nicht.

Mit anderen Worten: Sie haben den Bezug zu ihrer Nation verloren, weil ih-



Der ukrainische Schriftsteller Ivan Dzubas hielt Gedenkreide, die ihm den Vorwurf einbrachte, ein Nationalist zu sein. Das Foto stammt aus seiner KGB-Strafakte von 1965.

Ukraine

nen gelehrt wurde, dass es die ukrainische Nation nicht gibt. Dzjuba schreibt, sehr viele Ukrainerinnen und Ukrainer, besonders BewohnerInnen der Grossstädte, hätten ihre Muttersprache und ihr nationales Selbstverständnis als Beweis für ihre «Loyalität» aufgegeben, um «nicht aufzufallen» und «nicht anders zu sein». Viele von ihnen würden ängstlich nationale und kulturelle Fragen vermeiden, die einem Bürger, der seine Würde achte, nicht gleichgültig sein könnten.

Keine antisowjetische Position ...

Das Buch von Dzjuba ist nicht antisowjetisch konzipiert. Es gibt da keine Aufrufe zu gesetzwidrigen Handlungen und antisowjetischen Aufständen. Seine Ar-

gumente formuliert der Autor auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Theorie, und für die Bestätigung seiner Thesen zitiert er Marx, Engels und Lenin. Unter anderem bringt er folgendes Zitat von Engels: «Jede Landnahme, jede Gewalt, jede Unterdrückung hat der Zarismus nicht anders als unter dem Vorwand der Aufklärung, des Liberalismus und der Befreiung der Völker durchgeführt.»

Dzjuba besteht darauf, dass den Gründervätern des Marxismus-Leninismus jeglicher Imperialismus und jegliche Unterdrückung anderer Nationen völlig fremd waren. Auch hierfür zitiert er Lenin: «Es gibt auf der ganzen Welt nichts Schlimmeres, nichts Schändlicheres als das, was den unterdrückten Nationalitäten in unserem Lande angetan wird (...). Aber abgesehen von der mittelalterlichen Verfolgung der Juden in einem barbarischen und grausamen Land stellt die Verfolgung der Muttersprache aller Völker eine besondere Herausforderung dar. Besonders die slawischen Völker, die Weissrussen, Ukrainer und Polen, werden verfolgt (...). Die Schwarzen Hundertschaften und ihre Lakaien bezeichnen Russland als einen grossen slawischen Staat, anscheinend nur, weil dieser grosse Staat eine extrem grosse Unterdrückung der slawischen Nationalitäten praktiziert.»

Weiter kritisiert Dzjuba das Parteiprogramm über die «Verschmelzung der Nationen» scharf und weist darauf hin, dass es zur totalen Russifizierung und verzerrten Wahrnehmung des sowjetischen Mehrvölkerstaates führt. Er schreibt: «Eine der Formen der Verwechslung der UdSSR mit der Russischen Föderation ist es, den Russen das zuzuschreiben, was durch die gemeinsamen Anstrengungen aller Völker der Sowjetunion geschaffen wurde. Viele ukrainische Gelehrte und Künstler der Vergangenheit und Gegenwart wurden kurzerhand, ohne jeden Hinweis auf ihre Nationalität, als russische Wissenschaftler bezeichnet, nur weil ihr Schicksal sie gezwungen hat, ausserhalb der Ukraine zu arbeiten. Ähnliche Tendenzen, alles Russland zuzuschreiben, gibt es auch in der aktuellen Situation. So wird in der westlichen Presse und in der ausländischen politischen Phraseologie die UdSSR konsequent mit Russland identifiziert.»

... gegen Ukrainophobie

Er nennt Beispiele von aggressivem Verhalten der russischen Beamten in Kijiw, die meinen: «Ich liebe die Ukraine, aber

Ivan Dzjuba

Der ukrainische Literaturkritiker Ivan Dzjuba wurde 1931 in der Oblast Donezk geboren und starb 2022 in Kijiw, zwei Tage vor dem russischen Überfall auf die Ukraine. Er gilt als renommierter Autor, sozialer Aktivist, Politiker und sowjetischer Dissident. Zusammen mit dem Menschenrechtler und Dissident Wjatscheslaw Tschornowil sowie dem Dichter, Dissidenten und Menschenrechtsaktivisten Wassyl Stus führte er den ersten öffentlichen Protest in der modernen Geschichte der Ukraine durch, als sie im September 1965 im Kijwer «Kino Ukraine» gegen die Inhaftierung ukrainischer Intellektueller demonstrierten.

Im April 1968 war er Mitinitiator des «Protestbriefs 139», mit dem sich 139 WissenschaftlerInnen und Kulturschaffende in einem offenen Brief an die Sowjetführung wandten und die Einhaltung von Recht und Demokratie einforderten und sich gegen die illegale Inhaftierung von Dissidenten wandten. Ende 1965 schrieb er sein wichtiges Werk *Internationalismus oder Russifizierung (Internationalism or russification? A Study in the Sovietic nationalities problem)*, Auslöser waren politische Repressionen gegen ukrainische Intellektuelle.

1968 wurde der Text gleichzeitig auf Ukrainisch und Englisch publiziert und verbreitete sich über Samisdat rasch unter den Intellektuellen in der Ukraine. Dzjuba wurde beschuldigt, mit diesem Werk die sowjetische Völkerfreundschaft zu untergraben, er wurde mit fünf Jahren Gefängnis und fünf Jahren Exil bestraft. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion war Dzjuba von 1992 bis 1994 der zweite Kulturminister der Ukraine sowie unter anderem Mitglied der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine und Hauptredakteur der Enzyklopädie der Modernen Ukraine.

ich hasse die Nationalisten.» Bei näherer Betrachtung stellt sich heraus, dass mit «Nationalist» jeder Ukrainer gemeint ist, der auch Ukrainisch spricht und wenigstens noch ein bisschen an seiner Nationalität festhält. Dzjuba nennt konkrete Beispiele der Ukrainophobie: Bei der Lesung von Schewtschenkos Gedichten in der Kyiwer Werkzeugmaschinenfabrik unterbricht der Vorsitzende des Gewerkschaftskomitees der Fabrik die Lesung mit dem Ausruf: «Übersetzen Sie in die menschliche Sprache, wir verstehen die von Bandera nicht!»

Fortsetzung Seite 22



alt am 29. September 1966 in Babyn Jar eine er verunglimpfe die sowjetische Wirklichkeit. n 1972.

Dzjuba weist darauf hin, dass die schlauen zaristischen Minister die wahre antiukrainische Politik nicht darin sahen, den Menschen zu verbieten, Ukrainisch zu sprechen (denn das ist unmöglich), sondern darin, dafür zu sorgen, dass die Menschen selbst es nicht wollen. Die ukrainische Sprache wird abgewertet, subtil und auch direkt, was dazu führt, dass immer mehr Ukrainerinnen und Ukrainer sich weigern, sie in der Öffentlichkeit zu benutzen. Folgen davon sind auch heute noch zu beobachten: Eine Mehrheit ukrainischer Flüchtlinge, die in die westeuropäischen Länder geflüchtet ist, kommt aus den östlichen Städten und spricht Russisch, obwohl die Grosseltern der Mehrheit von ihnen noch Ukrainisch gesprochen haben.

Dzjuba sagt dazu: «In den 1960er-Jahren wird eine riesige Zahl von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften aus der RSFSR [Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik] in die Ukraine importiert (diese Zahl übersteigt bei weitem die Zahl der in der Ukraine veröffentlichten Bücher, Zeitungen und Zeitschriften), was an sich schon eine Ungleichheit, ein ungünstiges Verhältnis für das ukrainische gedruckte Wort schafft; eine Vorstellung von diesem Verhältnis kann man sich in der ersten Buchhandlung oder am ersten Kiosk machen, den man sieht: Hunderte russische Bücher, Zeitungen, Zeitschriften und irgendwo in der Ecke zwei oder drei auf Ukrainisch und eines auf Jiddisch.»

Verhaftung von Dzjuba und anderer Aktivisten und Aktivistinnen

Sein Manuskript schickt Iwan Dzjuba an die höchste Führung der Partei in der Ukraine und lädt zur Diskussion ein. Anstatt einer Diskussion aber wird er an seiner Arbeitsstelle entlassen. Nachdem sein Buch auf Englisch im Ausland im Samisdat erschienen ist, wurde eine Kommission einberufen, die zum Schluss kam, dass Dzjubas Werk eine komplette Verleumdung der sowjetischen Realität, der nationalen Politik der KPdSU und der Praxis des kommunistischen Aufbaus in der UdSSR sei.

Im Januar 1972 beginnen grosse Repressionsmassnahmen gegen ukrainische DissidentInnen und prominente VertreterInnen der nationalen demokratischen Bewegung. Auch Iwan Dzjuba wird verhaftet und zu fünf Jahren Haft und fünf Jahren Verbannung ver-



Das Buch von Vaghtang Kipiani kann viel zum Verständnis der Situation in der Ukraine beitragen.

urteilt. Dzjuba muss seine Aussagen bereuen, um nicht ins russische Gefängnis zu kommen. Gleichgesinnte wie Wassyl Stus, Iwan Switlytschnyj, Wjatscheslaw Tschornowil, Ihor Kanlynez und viele andere werden für mehrere Jahre in sowjetische Lager geschickt. Einige, unter ihnen Wassyl Stus, sind in sowjetischen Lagern ums Leben gekommen.

Samisdat, ukrainisch Samwydaw

Das wichtigste Mittel des Kampfes der 1960er-Jahre gegen das totalitäre Regime ist der Samisdat. So werden in der Sowjetunion Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Aufnahmen usw. bezeichnet, die nicht von staatlichen Verlagen veröffentlicht und von ihnen auch nicht kontrolliert werden. Samisdat ist illegal, wird als antisowjetische Propaganda eingestuft und ist strafbar. In den Jahren 1965–1972 spiegelt der ukrainische Samisdat die Geschichte des Widerstands jener Jahre wider und ist gleichzeitig Bestandteil davon. Im Januar 1970 erscheint die erste ukrainische Zeitschrift *Ukrains'kyj visnyk* (Der Ukrainische Bote) im Samisdat. Die Zeitschrift enthält nicht nur Informationen über Repressionen und die Lage der politischen Gefangenen, sondern präsentiert auch geschichtliche Untersuchungen, Daten über den Völkermord an den UkrainerInnen, literarische Werke und zeichnet sich durch ein fachlich hohes Niveau aus.

Der *Ukrainische Bote* wird auf Initiative von Vyacheslav Chornovil (1937–1999), einem Politiker und Publizisten, der mehrmals im Gefängnis gewesen

ist, gegründet, der auch der Chefredakteur der Zeitschrift ist. Eine grosse Zahl von Dissidenten beteiligt sich aktiv an der Verbreitung der Zeitschrift. Sie wird auch ins Ausland verschickt. Die Reaktionen auf die Veröffentlichung der Zeitschrift sind unterschiedlich. Laut Leonida Svitlychna, der Ehefrau des ukrainischen Dichters Ivan Svitlychnyi, verteilt dieser zwar den *Ukrainischen Boten* aktiv, als er zum ersten Mal erscheint, aber er ist dagegen, die Zeitschrift weiter zu veröffentlichen, da er glaubt, dass dies die Verhaftungen beschleunigen würde. Die Ereignisse, die folgen, zeigen, dass er mit seiner Einschätzung recht hatte.

Vasyl Ovsienko, auch er ein ukrainischer Autor und Menschenrechtsaktivist, erinnert sich: «Die fünfte Ausgabe des *Ukrainischen Boten* wurde abgebrochen – die Zeitschrift wurde Mitte 1971 eingestellt, weil es Gerüchte gab, dass Verhaftungen bevorstünden. Der Leiter des KGB der Ukraine, Vitalii Nikitchenko, hatte ein Gespräch mit Ivan Svitlychnyi, er sagte: «Solange ihr nicht organisiert wart, haben wir euch geduldet. Jetzt, wo ihr eine Zeitschrift habt, werden wir euch nicht mehr tolerieren.»»

Es wird beschlossen, die Herausgabe des *Ukrainischen Boten* einzustellen, aber es ist zu spät. Am 28. Juni 1971 verabschiedet das Zentralkomitee der KPdSU im Geheimen den Beschluss «Über Massnahmen zur Bekämpfung der illegalen Verbreitung antisowjetischer und anderer politisch schädlicher Materialien», die Verhaftungen der ukrainischen Protestierenden sind damit legalisiert. Die im Samisdat erschienenen Texte werden illegal in den Westen geschmuggelt und ins Englische, Deutsche, Französische und andere Sprachen übersetzt. In Deutschland übersetzt die ukrainischstämmige Übersetzerin Anna Halja Horbatsch (1924–2011) Werke von Wassyl Stus und anderer Dissidenten ins Deutsche und kümmert sich um deren Herausgabe.

Quellen

a) Vaghtang Kipiani: *Ukrainische Dissidenten unter der Sowjetmacht*. Ibidem Verlag 2024. 390 Seiten, CHF 46.50. b) <http://litopys.org.ua/idzuba/dz.htm>. c) https://en.wikipedia.org/wiki/Internationalism_or_Russification%3F. d) <https://www.dissidenten.eu/laender/ukraine>.

Halyna Petrosanyak, geboren 1969 in den ukrainischen Karpaten, studierte russische und deutsche Philologie an der Hochschule Iwano-Frankiwsk. Auf Ukrainisch hat sie fünf Lyrikbände herausgegeben. Seit 2016 lebt sie als Autorin und Übersetzerin in der Schweiz. Auf Deutsch erschien 2022 der Band *Exophonien* in der Reihe *essais agités* im Verlag Der gesunde Menschenversand.

Der Zivildienst 2023

Im vergangenen Jahr sind 6754 Personen zum Zivildienst zugelassen worden. Dies ist eine Zunahme von 1,8 Prozent gegenüber dem Jahr 2022. Mit 1,8 Mio. (+ 6,2 Prozent) Diensttagen wurden seit Einführung des Zivildienstes so viele Einsätze geleistet wie noch nie. Die Anzahl Inspektionen stieg um 7 Prozent und beläuft sich auf 1308. Die Anzahl der Einsatzbetriebe liegt bei 4492 (2022: 4516). Dies zeigen die ersten Jahreszahlen für 2023 des Bundesamts für Zivildienst.

Mit 6754 zugelassenen Personen im Jahr 2023 ist die Zulassung wie in den Vorjahren hoch. Es ist die dritthöchste Zahl der jährlichen Zulassungen seit Einführung der Tatbeweislösung im Jahr 2009. Von den 6754 Zugelassenen reichten 3769 Personen (55,8 Prozent) ihr Gesuch vor der Rekrutenschule, 786 Personen (11,6 Prozent) nach Beginn der RS und 2199 Personen (32,6 Prozent) nach bestandener RS ein. Knapp ein Drittel der Zulassungen betraf somit Personen, die einen erheblichen Teil der Dauer ihrer Militärdienstpflicht bereits geleistet hatten, bevor sie einen Gewissenskonflikt deklarierten.

Bisheriger Höchstwert

Ein Höchstwert zeigt sich 2023 mit 1,8 Mio. (+ 6,2 Prozent) bei den geleisteten Diensttagen. Analog den letzten Jahren leisteten die Zivis die meisten Dienstage im Sozial-, im Gesundheits- und im Schulwesen. Eine Besonderheit 2023 war, dass in den ersten vier Monaten des Jahres 14'000 Dienstage als ausserordentliche Unterstützung zugunsten der Bundesasylzentren des Staatssekretariats für Migration geleistet wurden.

Im breiteren Kontext des Dienstpflichtsystems sind die folgenden Angaben des VBS relevant: Die Anzahl der 2023 in den Rekrutierungszentren der Armee endgültig beurteilten Stellungspflichtigen lag bei 35'700 Personen und war um 4,2 Prozent höher als im Vorjahr. Davon waren 25'199 militärdiensttauglich, das sind 1,5 Prozent mehr als im Vorjahr.

Per 31. Dezember 2023 waren 58'195 Personen zivildienstpflichtig. Davon

leisteten 26'510 Zivildienstpflichtige noch nicht alle verfügbaren ordentlichen Dienstage. 31'685 Zivildienstpflichtige hatten zwar alle verfügbaren ordentlichen Dienstage geleistet, sie bleiben jedoch bis zur ordentlichen Entlassung zivildienstpflichtig. Das bedeutet, dass sie nur noch für vom Bundesrat angeordnete ausserordentliche Zivildienstleistungen in besonderen und ausserordentlichen Lagen eingesetzt werden können.

Motion zur Senkung der Zulassungen

Mit der Motion «Armeebestand mittels Massnahmen beim Zivildienst stärken» der SVP-Fraktion vom 17. Juni 2022, der am 29. September gleichen Jahres der Nationalrat zustimmte (siehe «Frontalangriff auf den Zivildienst» in der **FRIEDENSZEITUNG** Nr. 44 vom März 2023), wurde der Bundesrat beauftragt, dem Parlament vor Ende März 2025 einen Gesetzesentwurf zu Änderungen im Zivildienstgesetz vorzulegen. Mit diesem Gesetzesentwurf sollen die Zulassungen zum Zivildienst substanziell gesenkt werden, insbesondere die Zulassungen von Personen mit bestandener RS. Das Wirtschaftsdepartement von Bundesrat Parmelin wird dem Bundesrat voraussichtlich Anfang März 2024 die Eröffnung der Vernehmlassung zum Gesetzesentwurf beantragen.

Die Anzahl der Einsatzbetriebe ist weiterhin rückläufig

4492 Einsatzbetriebe waren im Jahr 2023 anerkannt (2022: 4516). Einfluss auf den Rückgang hat insbesondere die gesetzlich verankerte Steuerung durch das Bundesamt für Zivildienst, der zufolge eine Neuankennung von Einsatzbetrieben nur noch in Tätigkeitsbereichen erfolgt, in denen das Angebot an Einsatzplätzen die Nachfrage der Zivis nicht übersteigt. Weitere Gründe für den Rückgang sind unter anderen der Widerruf von Anerkennungen durch das Bundesamt oder Rückzug durch die Einsatzbetriebe selber. Für den konsequenten Vollzug des Zivildienstes stehen jedoch weiterhin genügend Einsatzplätze zur Verfügung und die relative Arbeitsmarktnutralität der Zivildiensteinsätze ist gewahrt.

Hohe Zahl an Vorort-Inspektionen von Zivildiensteinsätzen

Im letzten Jahr fanden 1308 Inspektionen durch FachmitarbeiterInnen des Bundesamts für Zivildienst (2022: 1223) vor Ort statt, davon 1241 unangekündigt. Mittels gezielter, risikoorientierter Überprüfungen wurde in laufenden Einsätzen die Einhaltung der rechtlichen Vorgaben zum Zivildienstvollzug durch Einsatzbetriebe und Zivis kontrolliert. Schwerwiegende Verstösse gegen die Vollzugsregeln wurden in weniger als 4,5 Prozent der Inspektionen festgestellt und durch die festgelegten rechtlichen Massnahmen geahndet.

Zivildienstzulassungen und Anzahl Stellungspflichtiger

Die Anzahl Zivis, die zum Zivildienst zugelassen werden, können nicht mit der Anzahl Stellungspflichtiger direkt verglichen werden. Während die Anzahl der Zulassungen zum Zivildienst sämtliche neu zugelassene Zivildienstpflichtige eines Kalenderjahres unabhängig davon misst, wann sie rekrutiert wurden, misst die Anzahl Stellungspflichtiger und Militärdiensttauglicher einen Rekrutierungsjahrgang. Der Zusammenhang zwischen den Zulassungen zum Zivildienst und der Anzahl Militärdiensttauglicher in einem Kalenderjahr ist am stärksten bei der Gruppe der Zugelassenen ersichtlich, die vor RS-Beginn ein Zulassungsgesuch stellten.

Informationen: Medienmitteilung des Bundesamts für Zivildienst vom 22. Februar 2024

150 Jahre Clara Ragaz

Vorankündigung: Clara Ragaz-Festival

Freitag, 4. bis Sonntag, 6. Oktober 2024
Citykirche Offener St. Jakob, Zürich

Die *Neuen Wege* laden in Kooperation mit der Offenen Kirche St. Jakob ein zum Clara Ragaz-Festival in Zürich. Rund um die Themenfelder Frieden, Migration und Geschlechtergerechtigkeit bietet das Festival ein vielfältiges Programm an Workshops, Podium, Konzert und Gottesdienst.

www.neuewege.ch

Was kann und sollte die Schweiz tun?

Zum zweiten Jahrestag des russischen Überfalls auf die Ukraine am 24. Februar 2024 haben der Ukrainische Verein sowie die Vereine der ukrainischen Diaspora in der Schweiz ein Positionspapier verfasst, das die wesentlichsten Anliegen und Forderungen des ukrainischen Widerstands an die Schweizer Politik enthält.

/ Alla Sarbach /

Seit zwei Jahren widersetzt sich die Ukraine dem massivsten und brutalsten militärischen Angriff Russlands seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Ukraine verteidigt ihre territoriale Integrität, Souveränität und damit auch die europäische Zukunft. Während Russland seine Wirtschaft erheblich militarisiert hat, gerät die militärische Unterstützung der Ukraine durch die westlichen Partner ins Stocken. Russland zielt darauf ab, die Ukraine komplett zu zerstören und den demokratischen Westen grundlegend zu destabilisieren.

Um eigene geopolitische völkerrechtswidrige Ambitionen zu verwirklichen, schliesst sich Russland mit den schlimmsten Diktaturen der Welt zusammen. Vor diesem Hintergrund entstehen weltweit weitere Konflikte, und die Aufmerksamkeit wie auch die Solidarität mit der Ukraine im Westen lassen deutlich nach. Dennoch, im Zentrum und als Ausgangspunkt dieser Entwicklungen steht der völkerrechtswidrige Aggressionskrieg Russlands gegen die Ukraine. Dieser Krieg stellt heute die unmittelbarste und akuteste geopolitische Herausforderung für die regelbasierte internationale Ordnung dar.

Wie kann die Schweiz zur Wiederherstellung eines gerechten und dauerhaften Friedens, der Sicherheit und der regelbasierten internationalen Ordnung beitragen?

Die Schweiz hat den russischen Angriff auf die Ukraine verurteilt und forderte Russland auf, die militärische Aggression unverzüglich zu beenden und seine Truppen vom ukrainischen Boden zurückzuziehen. Die Schweiz setzt

Sanktionen gegen Russland um und hat ukrainische Flüchtlinge aufgenommen. Ausserdem leistete die Schweiz seit dem Angriff 350 Millionen Franken humanitäre Hilfe an Projekte in der Ukraine und hat 100 Millionen Franken für Minenräumungen in der Ukraine genehmigt. Die Ukraine schätzt diese Massnahmen und ist dafür sehr dankbar.

Auch sind wir, als Ukrainischer Verein Schweiz, der Schweiz dafür dankbar, dass unsere Anliegen an die Schweizer Politik und an den Bundesrat vom letzten Jahr mehrheitlich gehört wurden. Im November 2023 ist die Schweiz der Kerngruppe der Länder beigetreten, die die Schaffung eines Sondertribunals zur Beurteilung der Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine unterstützen. Die Arbeiten sind im Gang, um die finanziellen Ressourcen für die internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und für den Wiederaufbau in der Ukraine für die nächsten vier Jahren zu beschliessen.

Des Weiteren wurde das Seco mit zusätzlichen Ressourcen aufgestockt, um die Kontrolle über die Umsetzung der Sanktionen sicherzustellen. Schliesslich wurde im Auftrag des Bundesrates die Ausweitung der Sorgfalts- und Meldepflichten des Geldwäschereigesetzes auf Aktivitäten von Nicht-Finanzintermediären beschlossen, um die Herkunft von Vermögenswerten von dem Kreml nahestehenden Personen besser kontrollieren zu können. Wir begrüssen diese Massnahmen der Schweiz, da sie mithin nicht nur der Ukraine, sondern den innen- und aussenpolitischen Interessen der Schweiz dienen.

Nichtsdestotrotz bleiben einzelne politische Herausforderungen bestehen, beispielsweise wurde bis anhin auf die zusätzlichen Massnahmen zur Untersuchung der Herkunft der von den Schweizer Banken gehaltenen, russischen Vermögenswerte verzichtet.

Es stellen sich weitere brennende Fragen. Die Schweiz steht vor der Wahl, inwieweit sie sich an der Friedensformel der Ukraine beteiligen möchte und inwiefern sie gemeinsam mit den anderen demokratischen Ländern zur Schaffung einer sicheren, freien und demokratischen Ukraine sowie für den Wiederauf-

bau wirtschaftlich beitragen wird. Sollte die Ukraine in den kommenden Monaten zu wenig Unterstützung erhalten, drohen weitere Territorialverluste, Kriegsverbrechen, Menschenleiden, das Versagen der Wirtschaft und massive Flüchtlingswellen. Ermutigt durch das Beispiel Russlands werden andere Weltmächte und terroristische Gruppen ihre Chancen wahrnehmen, und es drohen weitere Kriege und Konflikte weltweit.

Unsere Forderungen:

1. Beteiligung der Schweiz an der Friedensformel der Ukraine. Beitrag der Schweiz zur Sicherstellung des gerechten und dauerhaften Friedens

Die Friedensformel war Ende 2022 vom ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj lanciert worden und formuliert zehn Grundsätze für einen gerechten und dauerhaften Frieden. So sollen unter anderem die Aggression bestraft, Leben geschützt sowie Sicherheit und territoriale Integrität der Ukraine wiederhergestellt werden. Die Schweiz beteiligte sich bereits an den Arbeitsgruppen «Nukleare Sicherheit» (Punkt 1), «Ernährungssicherheit» (Punkt 2) und «Bestätigung des Kriegsendes» (Punkt 10). Am 14. Januar 2024 fand in Davos das 4. Treffen der Nationalen Sicherheitsberater im Rahmen der ukrainischen Friedensformel statt, und die Schweiz erklärte sich bereit, ein hochrangiges Gipfeltreffen zur Umsetzung der Friedensformel im Frühling zu organisieren.

Wir rufen die Schweiz dazu auf, diese Rolle aktiv wahrzunehmen.

Zusätzlich zu diesem Engagement kann die Schweiz bei der Rückkehr deportierter ukrainischer Kinder, ziviler Geiseln und Kriegsgefangener mitwirken. Mehr als 19'500 deportierte Kinder sind bereits offiziell bestätigt worden. Darüber hinaus hält Russland weiterhin fast 30'000 ukrainische ZivilistInnen gefangen. Da es keinen Zugang zu russischen Gefängnissen gibt, ist es derzeit nicht möglich, deren Zustand zu überprüfen. Die im Rahmen der Friedensformel geplanten Massnahmen umfassen die Ein-



richtung einer internationalen Überwachungsgruppe und die Festlegung von Instrumenten zur Sammlung von Informationen über die deportierten Kinder, zivilen Geiseln und Kriegsgefangenen. Es braucht weiteren internationalen Druck auf Russland, um den Vereinten Nationen und dem IKRK uneingeschränkten Zugang zu ukrainischen Kriegsgefangenen zu gewähren.

Ebenfalls steht der Punkt 7 der Formel «Gerechtigkeit» im Fokus. Die Ukraine strebt einen Sondergerichtshof an, der den Angriffskrieg als Verbrechen untersuchen und verurteilen kann. Die Schweiz kann ihren Neutralitätspolitischen Spielraum und ihre Expertise nutzen, um die Ukraine bei den genannten Punkten der Friedensformel wirkungsvoll zu unterstützen.

Wir rufen die Schweiz dazu auf, sich an der Friedensformel der Ukraine proaktiv und umfassend zu beteiligen.

2. Finanzielle Unterstützung der Ukraine, humanitäre Hilfe und ein Beitrag zum Wiederaufbau

2.1. Finanzielle Unterstützung und humanitäre Hilfe

Die Ukraine braucht die rechtzeitige, umfassende und wirkungsvolle finan-

zielle Unterstützung, während sie den brutalsten Militärangriff seit dem Zweiten Weltkrieg abwehrt. Das Land steht vor der immensen Aufgabe, seine makroökonomische und finanzielle Stabilität in der Kriegszeit sicherzustellen, anspruchsvolle Reformen durchzuführen und gleichzeitig komplexe und ambitionierte Militäroperationen zur Wehr gegen die russische Kriegsmaschine durchzuführen. Die Erwartungen wie auch die Herausforderungen sind sehr hoch.

Was die Ziele der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz betrifft, sind wir davon überzeugt, dass der Angriffskrieg auf die Ukraine unmittelbare Auswirkungen auf deren Ziele hat. Aus unserer Sicht könnten Demokratieförderung, Armutsreduktion, Ernährungssicherheit und Kampf gegen den Hunger durch die rechtzeitige, umfassende und wirkungsvolle finanzielle Unterstützung der Ukraine während des Angriffskriegs effizienter erreicht werden.

Eine starke Ukraine ist eine Garantin für Ernährungssicherheit und Hungerprävention in den Ländern des globalen Südens. Je stabiler die Ukraine als funktionierende Gesellschaft und Staat im Krieg aufgestellt ist, desto schwächer wird die Wirkung von Sabotageaktionen Russlands ausfallen, desto eher werden

die Getreidelieferungen funktionieren. Schliesslich wird das auch eine mindernde Auswirkung auf die Migrationsströme haben.

Das gleiche gilt für die Ziele der Demokratieförderung. Die ganze demokratische Weltgemeinschaft ist heute durch den Angriffskrieg Russlands gefährdet. Die wirkungsvolle Unterstützung der Ukraine schon während des Angriffskriegs stellt eine unabdingbare Voraussetzung für die Stärkung der Demokratie in den anderen Regionen der Welt dar und wirkt den destabilisierenden Prozessen entgegen, inklusive der Erstarkung der Diktaturen. Als eine der führenden Wirtschaften in Europa wäre die Schweiz in der Lage, zur Unterstützung der Ukraine massgeblich beizutragen.

Um weitere Eskalationen und Krisen vorzubeugen, fordern wir die Schweiz dazu auf, die Ukraine in diesem entscheidenden Moment rechtzeitig und umfassend finanziell zu unterstützen.

2.2. Beteiligung am Wiederaufbau der Ukraine

Die Bewältigung der Zerstörung und der sozialen, wirtschaftlichen und öko-

Fortsetzung Seite 26



Fortsetzung von Seite 25

logischen Folgen des russischen Aggressionskrieges in der Ukraine sowie die grossen Herausforderungen, denen sich die Ukraine stellen muss, um in Sicherheit, Freiheit und Wohlstand zu leben, erfordern eine langfristige Unterstützung für den nachhaltigen Wiederaufbau. Während des Krieges betrug allein der direkte Schaden an Gebäuden und Infrastruktur etwa 135 Milliarden US-Dollar. Der akkumulierte wirtschaftliche, soziale und andere monetäre Schaden beläuft sich auf fast 290 Milliarden US-Dollar. Die Kosten für den Wiederaufbau werden auf 750 Milliarden US-Dollar geschätzt.

An der Ukraine Recovery Conference in Lugano haben die Schweiz und die Ukraine zusammen mit zahlreichen internationalen Partnern die «Lugano-Deklaration» erarbeitet. Das Dokument bildet den Rahmen für den politischen Prozess des Wiederaufbaus der Ukraine. Es liegt im wohlverstandenen Eigeninteresse der Schweiz, die Ukraine mit einer umfassenden Politik, insbesondere mit einem substanziellen Beitrag über einen Zeitraum von mindestens 10 bis 15 Jahren, beim Wiederaufbau zu unterstützen. Mit ihrem Vorreiter-Know-how in der Technologie und im Energiebereich besitzt die Schweiz die Mittel und das Werkzeug dazu.

Der Beitrag zum Wiederaufbau in der Ukraine kann verschiedene Massnahmen umfassen, darunter die Unterstützung wirtschaftlicher Reformbemühungen, die Minenräumung, den dezentralen und umweltschonenden Wiederaufbau der Infrastruktur und die Stärkung der Zivilgesellschaft. Die Schweiz könnte auch Budgethilfe auf Gemeindeebene einsetzen, um die lo-

kale Planung und Durchführung von Projekten zu unterstützen. Wir fordern die Schweiz dazu auf, sich aktiv und umfassend am Wiederaufbauprozess der Ukraine zu beteiligen.

Wir ersuchen den Bundesrat, ein Bundesgesetz vorzulegen, das die langfristige Unterstützung des nachhaltigen Wiederaufbaus der Ukraine sowie die Umsetzung ihrer Reformbemühungen zum Gegenstand und Ziel hat und sich an den sieben Prinzipien für den Wiederaufbau («Lugano-Prinzipien») orientiert. Dazu soll ein Finanzierungskonzept vorgelegt werden.

3. Massnahmen im Zusammenhang mit der Umgehung des Sanktionsregimes

Exportkontrollen haben das Potenzial, die militärische Produktion Russlands und seine Fähigkeit, Krieg gegen die Ukraine zu führen, erheblich einzuschränken. Die Wirksamkeit der Sanktionen des Westens gegenüber Russland hat sich bis jetzt leider nicht bestätigt. Gemäss einem Bericht der Universität Stanford ist Russland weiterhin in der Lage, grosse Mengen an benötigten Gütern für Militärproduktion zu importieren. Seit der Einführung von Beschränkungen haben sich die Lieferketten angepasst und die meisten Güter gelangen nach Russland mittlerweile über Zwischenhändler in Drittländern. Auch haben die Sanktionen wenig Einfluss auf die Wirtschaftslage in Russland: Trotz Strafmassnahmen entwickelt sich die russische Wirtschaft überraschend stark weiter.

Die Exportkontrolle der Schweiz über die Ausfuhr der Dual-Use-Güter an Russland hat sich bislang als ungenügend erwiesen. Ein Blick in die Ausserhandelsstatistiken lässt erkennen, dass Schweizer Exporte mit Russlands

Nachbarstaaten zugenommen haben. Das nährt den Verdacht, dass Embargos und Sanktionen gegen Russland über die Nachbarn umgangen werden. Der ursprünglich beschränkte Handel via Drittstaaten wie Armenien, Georgien, Kasachstan, China oder Hongkong fliesst weiter. Des Weiteren sind Schifffahrtsunternehmen entstanden, die Russland helfen, die Sanktionen des Westens über Drittstaaten zu umgehen. Vermehrt tauchen Berichte auf, dass die Spuren auch in die Schweiz führen.

Die politischen Entscheidungsträger werden aufgefordert, Massnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Exportkontrollen den Umgehungs-bemühungen Russlands immer einen Schritt voraus bleiben. Bei den Massnahmen müssen die unterschiedlichen Herausforderungen berücksichtigt werden, die auf verschiedenen Stufen der Lieferkette bestehen. Sie sollten darauf abzielen, (i) politische Lücken im bestehenden Exportkontrollsystem zu schliessen; (ii) staatliche Institutionen, die mit der Durchsetzung der Sanktionen beauftragt sind, zu stärken; (iii) Anreize für den Privatsektor zu schaffen, ihre Compliance-Programme zu verstärken; (iv) auf die Umgehungsprogramme zu fokussieren, die es Russland ermöglichen, Waren über Zwischenhändler in Drittländern zu importieren; (v) die multilaterale Zusammenarbeit im Bereich der Exportkontrollen zu verbessern.

Die Schweiz hat ein Interesse, sicherzustellen, dass die Sanktionen wirksam sind, das heisst den Aggressionskrieg Russlands tatsächlich aufhalten würden. Dafür braucht es den politischen Willen, Zusammenarbeit mit den Partnerländern sowie weitere Ressourcen.

Wir ersuchen den Bundesrat, umfassende Massnahmen zur Kontrolle über die Umgehung der Sanktionen mittels Exporte über die Drittländer nach Russland zu etablieren bzw. zu verstärken.

4. Zusätzliche Massnahmen zur Untersuchung der Herkunft von Vermögenswerten der sanktionierten Personen

Wir sind der Auffassung, dass die bestehenden Massnahmen zur Untersuchung der Herkunft von Vermögenswerten der sanktionierten Personen aus Russland und diesen nahestehenden Personen der aktuellen Lage nicht gerecht werden. Beispielsweise, nach Aussage der Schweizer-

rischen Bankiervereinigung, ist ein grosser Teil der in der Schweiz verwalteten Vermögen russischer Kunden (etwa 150 Milliarden Franken) von den Einlagerestriktionen sowie der Meldepflicht an das Seco ausgenommen. In dieser Schätzung sind Immobilien, Aktien, Beteiligungen an nicht kotierten Unternehmen, Kunst, Fahrzeuge, Schiffe und weitere Vermögenswerte nicht eingeschlossen.

Bis dato gibt es keine genauere öffentlich zugängliche Schätzung zu allen russischen Geldern in der Schweiz, ob von mit Sanktionen belegten Personen oder nicht. Es bedarf weiterer Massnahmen und Ressourcen, um eine klare Übersicht diesbezüglich zu erlangen. Die Analyse kann nicht durch die Finanzinstitute, das Seco oder die Meldestelle für Geldwäscherei systematisch und übergeordnet vorgenommen sowie die Ergebnisse ausgewertet werden. Es bedarf eines designierten Gremiums, welches, wenn auch temporär, sich mit den einzelnen Instanzen übergeordnet, gezielt, systematisch und fachlich ausgewiesen auseinandersetzt und so dem Reputationsrisiko für den Finanzplatz Schweiz begegnet.

Wir rufen die Schweizer Politik und den Bundesrat dazu auf, zusätzliche Massnahmen zur Untersuchung der Herkunft von Vermögenswerten der sanktionierten Personen zu treffen und beispielsweise eine eigene Taskforce zu etablieren. Wir ersuchen den Bundesrat, der speziellen Taskforce zur Untersuchung der Herkunft der russischen Vermögenswerte beizutreten bzw. mit dieser Taskforce eine enge Zusammenarbeit zu etablieren.

5. Mitarbeit der Schweiz an den Lösungen zur Verwendung der blockierten russischen Zentralbankgelder für den Wiederaufbau der Ukraine und Kompensationszahlungen zugunsten der Ukraine und ihren internationalen Partnern

Es ist unbestritten, dass Russlands brutale Invasion in der Ukraine, begleitet von Kriegsverbrechen in einem Ausmass, welches seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gesehen wurde, einer entschiedenen internationalen Reaktion bedarf. Da die westlichen Sanktionen bis anhin keine nennenswerte Wirkung auf den Verlauf der Invasion erzielt haben, wird über eine multilaterale Vermögensübertragung diskutiert, welche wirksam und rechtmässig einen soliden Rahmen für Wiedergutmachungen und Entschä-

digungen für Russlands Invasion in der Ukraine bilden sollte, zugunsten der Ukraine wie auch zugunsten der internationalen Partner, die die Ukraine unterstützt haben. Während in den Vereinigten Staaten die rechtlichen Abklärungen stattgefunden haben und die Grundlagen geschaffen wurden, die Vermögenswerte Russlands an die Ukraine zu übertragen, reicht der alleinige Beschluss der Vereinigten Staaten nicht. Diese Entscheidung muss gemeinsam mit den verbündeten Regierungen getroffen werden.

Im Hinblick auf die Höhe der russischen Vermögenswerte, welche sich in der Schweiz befinden oder durch die Finanzinstitute in der Schweiz verwaltet werden, kann es sich die Schweiz nicht leisten, diesem politischen Dialog fernzubleiben. Es ist deshalb wichtig, die Zulässigkeit der Vermögensübertragung sowohl nach internationalem als auch nach nationalem Recht der Schweiz gründlich und fachkundig zu prüfen.

Wir rufen das Parlament und den Bundesrat dazu auf, gründlich und fachkundig zu prüfen, wie die Verwendung der blockierten russischen Zentralbankgelder für den Wiederauf-

bau der Ukraine und Kompensationszahlungen zugunsten der Ukraine und ihren internationalen Partnern in der Schweiz wirksam, rechtsgültig und verfassungsrechtlich konform umgesetzt werden kann.

6. Holodomor in der Ukraine als Völkermord anerkennen

Angesichts des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine und dem damit verbundenen Angriff auf europäische Werte braucht es die Schaffung einer europäischen und auch schweizerischen Öffentlichkeit über die Thematik des Holodomors, welche erinnert, gedenkt und mahnt. Ein entsprechendes Postulat wurde am 8.12.2022 im Nationalrat eingereicht. Viele europäische Regierungen, darunter der Deutsche Bundestag, haben den Holodomor in der Ukraine als Völkermord anerkannt.

Wir fordern das eidgenössische Parlament auf, diesem Postulat zuzustimmen.

Alla Sarbach, MLaw, LL.M ist Mitglied des Ukrainischen Vereins in der Schweiz.

SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT

Einladung zur Jahresversammlung am Montag, 24. Juni 2024

**am Sitz des Friedensrates
an der Gartenhofstrasse 7 in Zürich**

16.15 – 18.30 Uhr: Statutarische Versammlung

19.00 – 21.00 Uhr: Café de la paix

Zur statutarischen Jahresversammlung des Schweizerischen Friedensrates sind nicht nur die SFR-Mitglieder und AbonnentInnen der **FRIEDENSZEITUNG** herzlich eingeladen, auch Nichtmitglieder sind als Gäste willkommen.

- 1 Begrüssung / Entschuldigungen
- 2 Protokoll der Mitgliederversammlung vom 26. Mai 2023 in Zürich
- 3 Ergänzungen und Rückblick zum Jahresbericht 2023
- 4 Jahresrechnung 2023, Revisorenbericht, Finanzausblick

- 5 Wahlen (Präsident/in, Vorstandsmitglieder, Revisoren)
- 6 Rück- und Ausblick auf die Arbeit des SFR
- 7 Anträge und Anliegen der Mitglieder, Informationen, Stellungnahmen

Wie Frieden gehen könnte

Der Krieg kommt näher, die schlechten Nachrichten häufen sich, immer mehr Menschen sind müde, erschöpft. Doch wie lassen sich diese Ohnmachtsgefühle bekämpfen? Eine Möglichkeit bieten Hintergrundinformationen, wie sie sich in Büchern finden. Manchmal öffnet ein Gedicht eine Tür, manchmal ist es das Eintauchen in die Geschichten eines Romans, das einen Weg weisen kann. Die hier vorgestellten Bücher sind eine persönliche Auswahl, sie machen es möglich, Menschen und ihre Geschichte kennenzulernen und etwas davon mitzunehmen in den eigenen Alltag.

/ Liliane Studer /

Bilder von intensiver Kraft

*Republik der Taubheit*¹ heisst der Gedichtband von Ilya Kaminsky, in dem die rechts abgedruckten Zeilen zu lesen sind. Der ukrainisch-russisch-jüdisch-amerikanische Dichter, geboren 1977 in Odessa, lebt seit 1993 in den USA, wo er als Autor, Kritiker, Übersetzer und Lyrikprofessor arbeitet. *Republik der Taubheit* ist eine Art Kammerstück in Gedichtform und erzählt die Geschichte eines gehörlosen Jungen, der in einer fiktiven belagerten Stadt während eines Puppenspiels erschossen wird. Aus Solidarität verstummen die Bewohnerin-



nen und Bewohner und verständigen sich in Gebärden, die sie eigens entwickelt haben und die nur sie verstehen. Ebenso lesen wir von der grossen Liebe zwischen Sonya und Alfonso und zu ihrer Tochter Anuschka. Es sind zärtliche Verse, die Kaminsky hier gelingen und die Anja Kampmann einfühlsam und sorgfältig ins Deutsche übertragen hat. Es gelingt Kaminsky immer wieder, Bilder zu schaffen, die so schnell nicht mehr verschwinden. Etwa wenn es da heisst: «In diesen Strassen ist Taubheit unsere einzige Barrikade.» Obwohl die amerikanische Originalausgabe bereits 2019 erschienen ist, hat der Band eine traurige Aktualität.

Ermordet vor der eigenen Wohnung

Manche werden sich erinnern an die Journalistin Anna Politkowskaja, die am 7. Oktober 2006 vor ihrer Wohnung in Moskau ermordet wurde, nachdem sie jahrzehntelang vom russischen Staatsapparat verfolgt worden war. Anna Politkowskaja wurde zur Symbolfigur im Kampf um Gerechtigkeit und Meinungsfreiheit. Geboren 1958 in New York und damit auch amerikanische Staatsbürgerin, studierte die Tochter

ukrainischer Eltern Journalismus in Moskau und heiratete mit zwanzig Alexander Politkowski, mit dem sie zwei Kinder hatte, Vera und Ilja.

Vera, beim Mord an ihrer Mutter 26-jährig und schwanger – ihre Tochter wurde nach Annas Ermordung geboren und bekam den Vornamen ihrer Grossmutter –, verliess im März 2022 Russland. «Der Krieg in der Ukraine hat unser Leben aus der Bahn geworfen. Nach dem 24. Februar 2022 hat unser Nachname wieder an Bedeutung gewonnen, ist erneut Adressat von Drohungen geworden. Morddrohungen, diesmal gegen meine Tochter, die noch minderjährig war.»

2006 hatte Vera geglaubt, dass die Popularität ihrer Mutter im Westen sie vor Gefahren schützen würde. Ein zweites Mal wollte sie sich nicht mehr irren. Ihr Buch *Meine Mutter hätte es Krieg genannt*², das sie gemeinsam mit der Journalistin Sara Giudice geschrieben hat und aus dem auch obiges Zitat stammt, ist eine sehr persönliche Auseinandersetzung mit der Mutter, das auf ihren eigenen Erinnerungen beruht sowie auf Gesprächen mit dem Bruder Ilja, ergänzt mit Informationen zur Geschichte Russlands.

**In so einer Zeit
tut jeder was für unser Land.
Manche sterben.
Andere halten Reden.**
Ilya Kaminsky

Entstanden ist ein eindrückliches Porträt Anna Politkowskajas als unermüdliche Verfechterin der Wahrheit über Krieg und Unterdrückung und als Mutter und Familienfrau, die den Kindern und dem Ehemann einiges abverlangte und doch versuchte, für sie da zu sein. Fordernd war sie gegenüber sich selbst und gegenüber ihrer Umgebung. Geschickt verbindet Vera Politkowskaja die persönliche Ebene mit der Geschichte Russlands seit 1991. Dabei vermeidet sie nicht, auch von den Schwierigkeiten zwischen Mutter und Tochter zu erzählen. Das Buch wirft darüber hinaus Fragen auf wie: Wie weit soll Journalismus gehen? Wann wird er zu Aktivismus? Vera

Politkowskaja erzählt, ohne zu beschönigen, und damit gelingt ihr, die Komplexität nachvollziehbar aufzuzeigen.

Krieg im Nahen Osten

Seit dem 7. Oktober 2023 herrscht auch im Nahen Osten wieder Krieg. Nach dem brutalen Terroranschlag der Hamas auf Israel, bei dem 1139 Menschen ermordet, mehr als 5400 verletzt und 240 Geiseln genommen wurden, folgten die Angriffe Israels im Gazastreifen. Zehntausende wurden getötet. Auf Gewalt folgt Gegengewalt, die Spirale dreht sich weiter. Ein Ende ist nicht absehbar.

Der Israeli Rami Elhanan sagt dazu: «Mir kommt es manchmal so vor, als sässe die ganze Welt auf einem Balkon und sähe zu, wie sich die beiden Völker massakrieren. Beide Seiten wetten darum, wer das grössere Opfer ist, verweisen auf ihre Wunden und betteln um Unterstützung. Das ist völlig irrsinnig. Dieser Wettbewerb um die Opferrolle bringt uns keinen Schritt weiter. Im Gegenteil. Die letzten zwei Wochen [die Aussage stammt von etwa Mitte Oktober] haben die Bemühungen der Friedensarbeit um Jahre zurückgeworfen.» (*Frieden*³) Und der Palästinenser Bassam Aramin aus Westjordanland meint zur aktuellen Lage: «Die Hamas wird Israel niemals auslösen können. Umgekehrt wird es Israel nicht gelingen, die Hamas zu zerschlagen. [...] Den Preis dafür, dass gekämpft statt verhandelt wird, zahlt die Bevölkerung. In Israel und in Palästina.» (*Frieden*)

Ende 2023 erschien im Berner Lokwort Verlag das schmale Büchlein *Wie*

Frieden geht. Rami Elhanan & Bassam Aramin im Gespräch mit Annika Bangerter. Der Israeli und der Palästinenser kennen sich seit Jahren, sie sind Väter, und sie haben je eine Tochter verloren. Bekannt geworden sind sie durch den Roman *Apeirogon*⁴ des irischen Schriftstellers Colum McCann (die Originalausgabe erschien 2020, im gleichen Jahr folgte die deutsche Übersetzung). Rami Elhanan, geboren 1950, ist der Sohn eines Holocaust-Überlebenden. Er ist verheiratet mit Nurit Peled, das Paar hat drei Söhne und eine Tochter. Bassam Aramin kam 1969 im Westjordanland zur Welt. Nach einem Gefängnisarrest und einem Geschichtsstudium, u.a. in England, kehrte er ins Westjordanland zurück, heiratete und gründete eine eigene Familie. Seine sechs Kinder lehrte er, wie wichtig es ist, nach Frieden und Gerechtigkeit zu streben.

Wie sich Rami und Bassam kennenlernten

Smadar Elhanan war dreizehn, als sie 1997 bei einem palästinensischen Selbstmordanschlag in Jerusalem getötet wurde. Ihr Vater Rami Elhanan geriet nach dem Tod seiner Tochter in eine tiefe Krise. Er haderte, war voller Hass. Da traf er Jitzhak Frankenthal, und diese Begegnung sollte sein Leben verändern. Jitzhak erzählte von seinem Sohn, der von der Hamas entführt und getötet worden war und dass er in der Folge die Organisation «Parents Circle» gegründet habe, «für Leute, die einen Angehörigen verloren hatten und trotzdem Frieden wollten, Palästinenser und Israeli» (*Apeirogon*). Beim ersten Treffen begegneten Rami erstmals Palästinenser «als menschliche Wesen. Nicht als Strassenarbeiter, nicht als Karikaturen in der Zeitung, nicht als Terroristen oder blosse Gegenstände, sondern – wie soll ich mich ausdrücken? – als Menschen, ja, als reale Menschen.» (*Apeirogon*) Wie er bis zu diesem Moment über PalästinenserInnen gedacht hatte, erschreckte den Israeli zutiefst.

Zehn Jahre später, 2007, wurde die zehnjährige Abir Aramin vom Gummigeschoss eines israelischen Grenzpolizisten tödlich getroffen. Damals kannten sich die beiden Väter bereits. Bassam Aramin verbrachte als Jugendlicher sieben Jahre im Gefängnis, er war Mitglied einer palästinensischen Widerstandsgruppe, wurde aufgegriffen und verurteilt. Im Gefängnis lernte er Hebräisch, sprach mit den Wärtern und sah

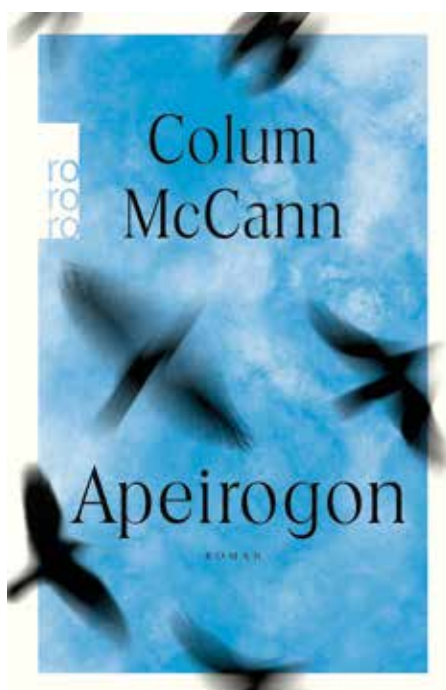
einen Film über die Judenverfolgung im Zweiten Weltkrieg, der ihm eine ganz andere Geschichte erzählte als jene, die er aus der Schule kannte, dass nämlich alles nur eine Lüge sei. Er wollte mehr wissen. Nach der Haft studierte er Geschichte, bekam ein Stipendium für ein Masterstudium in England und gründete nach der Rückkehr ins Westjordanland gemeinsam mit israelischen Soldaten, unter ihnen zwei Söhne von Rami Elhanan, die Friedensorganisation «Combatants for peace». Das war zwei Jahre vor der Ermordung seiner Tochter Abir.

«Beendet die Besatzung»

Seit 2007 sind Rami Elhanan und Bassam Aramin fast pausenlos unterwegs, ihre Reisen führten sie auch nach Europa, so etwa 2022 in verschiedene Schweizer Städte. Hier suchte die Journalistin Annika Bangerter Kontakt zu ihnen und führte ein Gespräch, das erstmals 2022 bei CH Media erschien. In der Publikation *Wie Frieden geht* setzen Rami und Bassam das Gespräch nach dem 7. Oktober 2023 fort. Es sind zwar nur wenige Seiten, und trotzdem erfahren wir ganz viel über die Geschichte der beiden Männer und was sie verbindet. Das Büchlein eignet sich, um Rami Elhanan und Bassam Aramin erst mal kennenzulernen und sich einen Überblick zu verschaffen, wie es zu dieser Freundschaft gekommen ist. Nach wie vor verbindet die beiden Männer der gemeinsame Schmerz über den Verlust der Tochter und die Überzeugung, dass Hass überwunden werden muss und überwindbar ist.

Der Palästinenser Bassam und der Israeli Rami sind überzeugt, dass es nur einen Weg gibt: nämlich einander zuzuhören. Und: «Wir müssen die Besatzung beenden, und dann müssen wir uns zusammensetzen und eine Lösung finden. Ein Staat, zwei Staaten, das spielt im Moment keine Rolle – beendet einfach die Besatzung, und dann kümmert euch darum, dass wir alle ein Leben in Würde führen können.» (Rami Elhanan in *Apeirogon*) Und Bassam Aramin meint: «Rumi, der Dichter und Sufi, hat etwas gesagt, das ich nie vergessen werde: Jenseits von Richtig und Falsch liegt ein Ort; dort treffen wir uns. Wir hatten recht und wir hatten unrecht, und wir begegneten uns jenseits davon. Wir begriffen, dass wir einander aus denselben Gründen töten wollten: Sicherheit und

Fortsetzung Seite 30



Frieden. Stellen Sie sich das vor, welche Ironie, das ist doch verrückt.» (Rami Elhanan in *Apeiogon*)

Auf 600 Seiten erzählt McCann vom Unmöglichen, nämlich dass ein Palästinenser und ein Israeli sich als Brüder bezeichnen. Sie erzählen ihre Geschichte in 1001 Kapiteln – und damit schafft der Autor bewusst die Verbindung zu *Tausendundeiner Nacht*, wo Scheherazade dem König jede Nacht eine neue Geschichte erzählt, um sich vor dem sicheren Tod zu retten. Den beiden Vätern geht es ums Geschichtenerzählen, die je eigene ebenso wie die gemeinsame, jene vom jüdischen Volk und jene der PalästinenserInnen, die Geschichte von Palästina und von Israel. Im Roman umfassen manche Kapitel mehrere Seiten, andere wiederum bestehen nur aus einem Satz oder einem Foto, Letzteres ermöglicht ein Innehalten beim Lesen, ein Durchatmen in einem Text, der immer neue Kreise zieht und die LeserInnen auf eine Reise mitnimmt, die neben allen Gräueln auch immer wieder diese Perspektive einer anderen Zukunft mitschwingen lässt.

McCann weiss, wovon er schreibt. Er kennt die Geschichten der beiden Männer, die in Presse und Film dokumentiert sind, er hat mit ihnen mehrere Gespräche geführt, er hat umfassend recherchiert. Mit diesem Material hat er seinen Roman entwickelt, also einen fiktionalen Text geschrieben. Explizit hätten ihm Bassam und Rami erlaubt, «frei mit ihren Worten und Lebensgeschichten umzugehen oder sie zu verändern» (*Apeiogon* – Vorbemerkung des Autors). Entstanden ist ein vielschichtiges Werk, das Geschichte und Geschichten verknüpft. Dabei gelingt es McCann, den LeserInnen die Komplexität des Nahostkonflikts aufzuzeigen, indem er zahlreiche Fäden spinnt, die er geschickt



immer wieder neu zusammenfügt. Mit anderen Worten: Wer mehr verstehen will über den Konflikt zwischen Israel und Palästina, sollte dringend diesen Roman lesen.

Frieden als einzige Option

Schon lange setzt sich auch der israelische Schriftsteller David Grossman für Frieden zwischen Israel und Palästina ein. Er und seine Frau haben 2006 einen Sohn im Krieg verloren. Für sein Friedensengagement und seine literarischen Arbeiten – beides ist nicht voneinander zu trennen – wurde Grossman vielfach ausgezeichnet, u.a. mit dem Geschwister-Scholl-Preis (2008), dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels (2010) oder 2021 mit dem Grossen Bundesverdienstkreuz. Vor wenigen Wochen erschien ein schmaler Band von Grossman mit Reden, die er vor allem in den

vergangenen drei Jahren gehalten hat, zwei entstanden nach dem Terroranschlag der Hamas. *Frieden ist die einzige Option*⁵ lautet der schlichte Titel, eine Überzeugung, die Grossman immer wieder laut kundtut. Bereits 2017 fragte er in der Rede anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz, wie viel Blut noch vergossen werden müsse, «bis wir einsehen, dass der Frieden die einzige Option ist?» (*Option*).

An der Trauerrede für die Terroropfer am 16.11.2023 in Tel Aviv greift er die Überzeugung wieder auf, wenn er sagt: «Die Zukunft hält für uns alle schwere Prüfungen bereit. Einige bestehen wir bereits heute. Das zeigt sich in den Manifestationen wunderbarer, kreativer Staatsbürgerschaft. In der mitreissenden Solidarität. In der massiven zivilen Mobilmachung, mit der die Bevölkerung zu reparieren versucht, was die Regierung zerbrochen hat. Trotz allem, was geschehen ist, steigt in uns die Ahnung auf, es könnte nun möglich sein, zum zweiten Mal einen neuen Staat aufzubauen [...]»

David Grossman glaubt keineswegs naiv an eine bessere Zukunft, vielmehr holt er seine Hoffnung dort, wo Menschen sind, auch in Israel, «für die Aufgaben keine Option ist». Und er erzählt die Anekdote des Amerikaners, der während des Vietnamkrieges jeden Freitag mit einem Protestplakat vor dem Weissen Haus steht. Als er gefragt wird, ob er wirklich glaube, dass er damit die Welt verändere, antwortet er: «Die Welt verändern? Ich habe nicht die Absicht, die Welt zu verändern. Ich Sorge nur dafür, dass sie nicht mich verändert.» Das also gilt es sich in Erinnerung zu rufen angesichts der erschreckenden Nachrichten, die uns immer wieder erreichen: Dafür sorgen, dass die Welt nicht mich verändert.



1) Ilya Kaminsky: **Republik der Taubheit**. Aus dem Englischen von Anja Kampmann. Hanser Verlag 2022. 104 Seiten, CHF 30.50.

2) Vera Politkowskaja mit Sara Giudice: **Meine Mutter hätte es Krieg genannt**. Aus dem Italienischen von Amelie Thoma und Christian Försch. Tropen Verlag 2023. 192 Seiten, CHF 30.50.

3) **Wie FRIEDEN geht**. Rami Elhanan & Bassam Aramin im Gespräch mit Annika Bangerter. Buchverlag Lokwort 2023. 28 Seiten, CHF 8.00 (zitiert «Frieden»).

4) Colum McCann: **Apeiogon**. Roman. Aus dem Englischen von Volker Oldenburg. Rowohlt Verlag 2020. 608 Seiten, CHF 22.50 (Taschenbuchausgabe 2022) (zitiert «Apeiogon»).

5) David Grossman: **Frieden ist die einzige Option**. Aus dem Hebräischen von Anne Birkenhauer und Helene Seidler. Hanser Verlag 2024. 64 Seiten, CHF 14.50 (zitiert «Option»).

WWW.BODENSEE-FRIEDENSWEG.ORG

Internationaler Bodensee-Friedensweg

FriedenSmacht Europa
GEMEINSAM FRIEDEN
& KLIMA SCHÜTZEN



OSTERMONTAG, 01.04.24
13 UHR BUCHHORNPLATZ IN FRIEDRICHSHAFEN (DE)

15 Uhr Abschlusskundgebung an der Musikmuschel/Uferstraße
Podiumsgespräch mit Andreas Zumach (Moderation),
Marina Hagen-Canaval (Pressesprecherin der Letzten Generation),
Jo Lang (Historiker, Alt-Nationalrat, Vorstand GSoA)
und Heike Engelhardt (Mitglied des Deutschen Bundestags, SPD)



 [bodensee_friedensweg](https://www.instagram.com/bodensee_friedensweg)  facebook.com/Bodensee.Friedensweg

Spendenkonto: FV Bodensee Friedensweg, CH-9400 Rorschach, Für die Schweiz: CH56 0900 0000 4025 8021 0
Für Österreich und Deutschland: CH62 0900 0000 9168 2217 5, VStP Frieder Fahrbach, Lindau, tfh.fahrbach@aol.com

OSTERMARSCH
MARCHE DE PÂQUES

**DEMILITARISIERUNG
STATT AUFRÜSTUNG
BERN, MONTAG
1. APRIL 2024**

**DÉMILITARISER PLUTÔT
QUE RÉARMER
BERNE, LUNDI
1 AVRIL 2024**



**13.15 BESAMMLUNG UND REDE |
RASSEMBLEMENT ET DISCOURS**
EICHHOLZ AN DER AARE
Tram 9 ab Hauptbahnhof bis Endstation Wabern
Depuis la gare, tram 9 jusqu'au terminus Wabern

13.30 START | DÉBUT
Nehmt eure Friedensfahnen mit!

**14.30 SCHLUSSKUNDGEBUNG |
MANIFESTATION DE CLÔTURE**
MÜNSTERPLATZ
PLACE DE LA COLLÉGIALE
Friedenspolitische Redebeiträge
Discours sur la politique de paix

MUSIK | MUSIQUE
Mat Callahan & Yvonne Moore and friends.

ostermarschbern.ch
marchedepaques.ch

7. Schweizer Friedenskonferenz 25. Mai 2024, 14 bis 20 Uhr, Glockenhof Zürich

*Im Zeichen des 150. Geburtstages von Clara Ragaz-Nadig (1874–1957): Frauenrechtlerin,
Friedensaktivistin, Vorsitzende des Schweizer WILPF-Zweigs und religiöse Sozialistin*

Programm

- 14.00 Uhr Musikalische Einstimmung mit Olga Tucek
14.05 Uhr Begrüssung, Infos zu Ort und Ablauf des Tages
14.10 Uhr Auftakt im Plenum: Die Arbeit von Clara Ragaz; Input
**Historische Dis- / Kontinuitäten in der
schweizerischen Friedensbewegung**
Dr. Annemarie Sancar
14.30 Uhr Einführung in die Workshops
14.40 Uhr Arbeit in den angeleiteten Workshops:
a) Frieden im Alltag (gewaltfreie Kommunikation)
Leitung: Angela Gohl, CNVC-zertifizierte GFK-Trainerin
b) Interreligiöse Friedensbestrebungen
Leitung: Pfr. Alexandra Flury-Schölch, Ethikexpertin
c) Umweltfragen aus Gendersicht
Leitung: Dr. Jeanette Behringer, FachFrauenUmwelt
d) Männer, Religion und Frieden
mit Ausschnitten des Dok-Films 'Power on Patrol'
(MenEngage & WILPF). *Leitung: Hansuli Gerber, IFOR*
15.40 Uhr Erfrischungspause mit Getränken und Snacks
16.10 Uhr 2. Workshop-Runde
17.20 Uhr Podium mit Vertreter*innen der Workshops
Moderation: WILPF
18.20 Uhr Übergabe des Friedensstabs & Lied von Olga Tucek
18.30 Uhr Apéro riche mit 'Open Mic' – umrahmt mit Musik
20.00 Uhr Ende der Konferenz

Veranstalterin: **WILPF Schweiz**, Horensteinstrasse 31, 8046 Zürich

Wanderausstellung

hoffen.kämpfen.lieben - 150 Jahre Clara Ragaz.

Initiiert von der Zeitschrift 'Neue Wege'.

Konzept: Christina Caprez; visuelle Gestaltung: Bonbon, Zürich.

'Friedensmarkt'

Die teilnehmenden Organisationen stellen sich an Ständen vor.

weitere Infos auf www.wilpfschweiz.ch

Anmeldung: 7. Schweizer Friedenskonferenz bis 4. Mai 2024

per Post: Friedenskonferenz 2024, WILPF Schweiz,
Horensteinstrasse 31; 8046 Zürich

per E-Mail: Friedenskonferenz2024@wilpfschweiz.ch

Name, Vorname:

Organisation:

Adresse:

Ich melde mich zu den Workshops an:

14.40 Uhr: a) ☐ b) ☐ c) ☐ d) ☐

16.10 Uhr: a) ☐ b) ☐ c) ☐ d) ☐

Ich nutze gerne eine Übersetzung Deutsch – Englisch – Deutsch:

Ja: ☐ nein: ☐

Teilnahme/Verdolmetschung kostenlos – Spenden sind willkommen



DIE FRIEDENSPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Bitte einsenden an **FRIEDENSZEITUNG**, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich oder per Mail an: info@friedensrat.ch